

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.
 Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands
 „Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stainingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
 Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 15. — Postkatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Postvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Einiges zur Klarstellung. Arbeiter-Sanitätskommissionen. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Vom sozialdemokratischen Parteitag. Die Miethenbrücke bei Grünthal. Ueber die Arbeiterausstände in Italien. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich. Aus Oesterreich. — Situationsberichte. — Eingekauft. — Gerichts-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

Einiges zur Klarstellung.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Berlin sprach, wie wir in voriger Nummer unseres Blattes mitgeteilt haben, der Abgeordnete Auer den Wunsch aus, daß die Streitigkeiten innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aber die Form der Organisation ein Ende nehmen möchten, und er bemerkte dazu, wenn man nur den guten Willen zur Einigung habe, so werde sich derselbe wohl herbeiführen lassen. Genosse Auer spielte dabei mit nicht zu verkennender Deutlichkeit speziell auf die Streitigkeiten in der deutschen Maurerschaft, bezw. „zwischen Berlin und Hamburg“ an. Wir unterzeichnen seine Aeußerungen Wort für Wort, glauben aber, um irigen Folgerungen vorzubeugen, dazu Einiges bemerken zu müssen.

Die vielberufene „Hamburger Richtung“ hat es niemals fehlen lassen an dem guten Willen, den mißlichen Streit mit der sogenannten „Berliner Richtung“ zum Abschluß und die Organisationsfrage zur definitiven Entscheidung zu bringen. Wir wollen hier nicht eingehen auf die unersichtlichsten Ursachen der Spaltung, welche im Jahre 1886 anläßlich der Gründung des „Neuen Bauhandwerkers“ sich vollzog. Auf einer Reihe von Kongressen unseres Gewerks sind alle diese Ursachen, welche leider mit Personenfragen verquickelt waren, erörtert und klargestellt worden; die Kongresse haben bekanntlich gegen die oppositionelle Berliner Gruppe Stellung genommen; der letzte Kongress beschloß die zentralistische Organisation.

Die Spaltung hatte kaum ein Jahr bestanden, als die hier domizillierte Agitationskommission der Maurer Deutschlands der Berliner Opposition die Hand zur Verständigung bot. Dank der Vermittelung eines von jener Seite öfter in unqualifizierbarer Weise angegriffenen Mitgliedes der sozialdemokratischen Fraktion kam eine Konferenz von Vertretern beider Richtungen zu Stande. Dieselbe tagte am 2. Januar 1889 in Bremen. Vereinbart wurde, daß der Streit in den beiderseitigen Organen sowie in Versammlungen zu ruhen habe, und daß man sich den Beschläßen des nächsten Gewerkskongresses unterwerfen wolle. Als bald darauf der große Streit der Berliner Maurer ausbrach, ließ die Agitationskommission es an Bethätigung der Solidarität nicht fehlen; sie unterstützte den Streit in möglichst ausgiebiger Weise mit einer Gesamtsumme von über M. 20'000. Der Streit brachte nicht den gewünschten Erfolg, und alsbald wurde die gestroffene Vereinbarung von Berlin aus ohne rechtlichen Grund verletzt. Der leidige Streit brach wieder aus und wurde heftiger denn zuvor geführt. Die Beschläße des Kongresses wurden von der Gegenseite nicht respektiert, weil sie ihr nicht günstig waren; die Beschläße der darauf folgenden Kongresse waren ihr nicht minder

ungünstig. Besonders der Umstand, daß der letzte Kongress sich für die Zentralisation entschied, reizte die Berliner Opposition zu neuen Angriffen, die fast durchweg in Verdächtigungen unserer Sache und persönlichen Beschimpfungen gipfelten, die selbstverständlich von uns entschieden zurückgewiesen werden mußten. Man bekämpfte den auf Grund der Kongressbeschläße neu gegründeten Verband und seine Zeitung mit ebenso ungerechten wie unlauteren Mitteln, was unseren Lesern ja zur Genüge bekannt ist. So hat sich der Streit forterhalten, bis zu diesem Tage. Die Verantwortung dafür tragen die Leiter der Berliner Opposition. Gäßen sie im Jahre 1889 die in Bremen getroffene Vereinbarung ehrlich gehalten, so würde der Streit längst sein allseits ersehntes Ende gefunden haben.

Die Anhänger der sogenannten „freien Organisation“ in Berlin schienen es daher fast förmlich darauf abgesehen zu haben, die Kluft zwischen sich und uns unüberbrückbar zu machen. Wir wollen die Verantwortung dafür nicht lediglich einigen Leitern jener Richtung aufbürden. Denn eine bislang wenig beachtete Thatsache ist, daß in jener Richtung Elemente sich befinden, welche sogenannte „unabhängige Sozialisten“ und als solche bemüht sind, die gewerkschaftliche Bewegung als Mittel für ihre politischen Zwecke zu brauchen. Offenbar im Sinne des „Programms“ der „Unabhängigen“ ist die in voriger Nummer unseres Blattes mitgetheilte Resolution gehalten, welche Herr Nagke im Aufrage einer öffentlichen Mäurerversammlung dem Parteitage überreichte. Das sind die bekannten hohlen Phrasen, die ihre Spitze gegen die Zentralisation richten. Man kann nur mit leidig lächeln, wenn man da liest:

„Die Berliner Maurer sind der Ueberzeugung, daß eine Fortentwicklung unserer gewerkschaftlichen Bewegung nur dann zu erwarten ist, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen das durch die verschiedenen Vereinsgesetze in Deutschland bedingte in politischer Beziehung thatenlose Abwarten verwerfen und sich, auf den Boden des Klassenkampfes stellend, organisieren. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendig ein politischer Kampf, ein Klassenkampf.“

Wir wissen ja, daß jene Richtung der unmaßgeblichen Ansicht ist, die „Verbändler“ ständen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes. Es zeugt von einer politischen Naivität ohnegleichen, wenn da von einem in „politischer Beziehung thatenlosem Abwarten“ die Rede ist.

Offenbar fehlt den Uebernehmern dieser Ansicht die Einsicht in das Wesen der großen Arbeiterbewegung. Die gewerkschaftliche Bewegung ist allerdings ein integrierender Theil derselben, aber daraus folgt nicht, daß die ihr dienende Organisation darauf berechnet sein müsse, dem politischen Thatendrange zu genügen. Für die Bethätigung dieses Dranges ist innerhalb des großen politischen Bundes, der sozialdemokratischen Partei, Raum genug. Die gewerkschaftliche Organisation hat, auch wenn sie vom sozialdemokratischen Geiste völlig beherrscht ist, wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, welche aus dem zunächstliegenden Interesse der Ar-

beiter sich ergeben. Je entschiedener und erfolgreicher sie dieser Aufgabe genügt, je mehr wird sie der allgemeinen Arbeiterbewegung nützen. Wir haben noch immer beobachtet, daß diejenigen Genossen, welche in diesem Sinne in der gewerkschaftlichen Organisation wirken, zugleich auch zu den überzeugtesten, zuverlässigsten und thätigsten Mitarbeitern auf politischem Gebiete gehören. Die so oft gehörte Behauptung, daß die auf rein wirtschaftliche Zwecke gerichtete gewerkschaftliche Organisation die „politische Energie“ und allgemeine Bewegung beeinträchtige, ist eine völlig haltlose, durch die Erfahrung hinlänglich widerlegte. Ohne Zweifel, der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendig ein politischer Kampf, ein Klassenkampf. Aber schließt denn diese Thatsache aus, daß gewissermaßen eine „Theilung der Arbeit“ in diesem Kampfe stattfindet, dergestalt, daß der gewerkschaftlichen Organisation der Kampf für die zunächstliegenden wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter unter steter Beobachtung der sozialdemokratischen Prinzipien überwiegen wird? Gewiß nicht! Die gewerkschaftliche Organisation soll den Arbeitern möglichst günstige Arbeitsbedingungen, möglichst die Wüderung der Abhängigkeit vom Kapitalismus sichern. Sie erfüllt damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beteiligungen am allgemeinen politischen Kampfe. Wer das nicht einsehst und immer wieder darauf dringt, daß die Gewerkschaften sich „politisch“ organisieren und „politische Thaten“ vollbringen, der ist mit geistiger Blindheit geschlagen. Die allgemeine politische Organisation für den Klassenkampf haben wir in der sozialdemokratischen Partei zu sehen. Daneben noch eine besondere politische Organisation der Gewerkschaften einzurichten, würde ein Unding sein! Was sollte aus der Partei werden bei solcher Rivalität? Oder will man alle gewerkschaftlichen Bestrebungen und wirtschaftlichen Einzelkämpfe, wie sie von den verschiedenen Berufsgruppen gegen das Unternehmertum geführt werden müssen, von der Initiative der politischen Partei abhängig machen? — Das hieße die Partei lähmen, sie zu politischer Ohnmacht verurtheilen, aber auch zugleich den wirtschaftlichen Kampf um die Lebensstellung für die Arbeiter von vornherein aussichtslos, ja in vielen Fällen ganz unmöglich machen.

Gerade deshalb, weil die zentralistische Organisation einer der wichtigsten Voraussetzungen für den Klassenkampf genügen will und bei entsprechender Erstärkung auch genügen wird — gerade deshalb verdient sie den Vorzug vor der völlig machtlosen lokalen Organisation.

Arbeiter-Sanitätskommissionen.

I.

Anläßlich der Choleraepidemie hat die aufgestärkte Arbeiterschaft eine Einrichtung getroffen, die ihr zu hoher Ehre gereicht. Wenn noch etwas gefehlt hätte, ihr im vollsten Maße die Erkenntnis zu bringen, daß die herrschenden Interessenrichtungen ungeheure Vergehungen und Unterlassungsünden in Betreff der öffentlichen Gesundheitspflege sich zu Schulden kommen lassen, so würde die schätzbare Geste, der hier in Hamburg binnen kaum 9 Wochen circa 25 000

Menschen zum Opfer gefallen sind, diese Erkenntnis bewirkt haben. Die kapitalistischen Kreise haben ein Interesse daran, jegliches Elend möglichst zu beseitigen und zu verhindern, daß ihre Fregel an der Wohlfaht des Volkes in einem überflüssigen, getreuen Bilde der Welt vorgeführt werden. Um so näher lag es für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, selbstständig die Initiative zur Aufhebung einer Reihe der größtenteils Uebelstände zu ergreifen. Hier in Hamburg und in Altona bildeten sich, noch während die Epidemie wüthete, Kommissionen, welche es sich zur Aufgabe machten, die Wohnungsverhältnisse der Armen und Unbemittelten, unter denen die Seuche die meisten Opfer forderte, festzustellen. Von den Resultaten dieser mit großer Energie, Umsicht und Opferfreudigkeit durchgeführten Enquete haben wir bereits genommene Konstatirten werden muß, daß die Hamburger Behörden dem wichtigen Unternehmen Schutz und Förderung angedeihen ließen. Die Altonaer Behörden hingegen haben das nicht für nöthig gehalten. — Das gute Beispiel land bald Nachahmung. In Berlin bildete sich eine Arbeiter-Sanitätskommission. Dieselbe beschränkt sich, unter Mitwirkung von Ärzten, nicht darauf, in Sachen der öffentlichen Hygiene zu forschen und zu kontrolliren; sie hält auch Besprechungen ab, wo die gemachten Erfahrungen und Beobachtungen ausgetauscht und wissenschaftliche Belehrungen erteilt werden.

In der letzten dieser Besprechungen der Berliner Kommission wurde von Dr. Friedländer ein Vortrag über die „Beseitigung der Abfallstoffe“ gehalten. Der Vortragende führte aus:

„Die Beseitigung der Abfallstoffe überhaupt und der menschlichen Exkremente (Koth) insbesondere ist eine der wichtigsten Fragen der Hygiene. Sie ist notwendig; denn die Exkremente oder Fäkalien sind gesundheitsgefährlich. Sie verpestern einmahl bei längerem Lagern die Luft, entweder direkt durch eigene Ausdünstung oder beim Fallen des Grundwasserhandes trocken werdenden, mit saulenden Fäkalien durchsetzten oberen Erdschichten. Sie verunreinigen ferner auch Wasser, indem sie den Erdboden verfaulen, allmählig bis auf das Grundwasser durchsickern und durch dieses, besonders wenn es im Steigen ist, in die Brunnen gerathen. Ob Luft und Wasser verpestet sind, ist nicht bloß mit der Nase zu entscheiden, da es riechende und nicht riechende Gase giebt. Luft z. B., die riecht, ist selbstverständlich gesundheitschädlich, aber solche, die nicht riecht, braucht deshalb noch nicht ungesundlich zu sein. Zur Beseitigung der Fäkalien und ihrer schädlichen Einflüsse geschah auf der untersten Kulturstufe nichts; die Exkremente blieben auf dem Erdboden liegen. Später legte man Gruben an, die aber ebenso „amieingefährlich“ sind, weil der Erdboden die Fäkalien einsaugt und, wenn er damit gesättigt ist, die Fähigkeit, diese zu desodorisiren (geruchslos machen) und zu desinficiren (keimfrei machen), verliert. Auch gemauerte Senkgruben sind nicht empfehlenswerth. Alle Senkgruben haben das Uebel, daß sie den Abfällen durch die Röhren die flüchtigen Gase wieder zuführen. Unter den verschiedenen Mitteln zur Verhinderung des Uebelstandes sind besonders die Sphynnen zu erwähnen, d. h. U-förmig nach unten gebogene Röhrenstücke, in denen das nachgehoffene Wasser stehen bleibt, so daß es den Gasen das Zurücktreten verwehrt. Dieser Wasserabschluss leistet jedoch bei zu großer Spannung der Gase nicht genügenden Widerstand. Schnellere Beseitigung der Exkremente ermöglicht das Tonnen-System. Die Tonnen oder Eimer, in welche der Koth direkt aus den Abtritten fällt, müssen aber, um den Anforderungen der Hygiene zu entsprechen, sehr oft entleert werden, nicht undicht sein und beim Transport nicht überlaufen, Uebelstände, von denen die Berliner Miethskafernen mit Tonnen-System zu erzählen wissen. „Das verhältnismäßig vollkommenste System ist bis jetzt die Kanalisation auf nassem Wege durch die Kanalisation.“

Von den durch den Vortragenden angeführten Beispielen anzureichender Klosetanlagen setzen wir einige hier her. Man kann an ihnen noch heute den oben geschilderten Entwicklungsengang, welchen die Beseitigung der Abfallstoffe von der untersten Kulturstufe an bis zu dem „verhältnismäßig vollkommensten“ System der Kanalisation genommen hat, in allen seinen Einzelheiten verfolgen.

Wer da glaubt, daß man heutzutage in Berlin, der „reinsten Stadt der Welt“, nirgends mehr gezwungen ist, seines Leibes Nothdurft einfach da zu verrichten, wo man gerade steht oder geht, und die Exkremente, paradiesisch unschuldig auf den Erdboden zu lagern, der kennt die Lage der arbeitenden Bevölkerung schlecht. In der Mittwoch-Zusammenkunft wurde im Laufe der Diskussion darauf hingewiesen, daß die Bauarbeiter durch den fast

auf allen Neubauten nachzuweisenden Mangel an Klosetts genötigt sind, ihr Geschäft in die Zwischenbedürfnisse hinein zu verrichten. „Davon wissen die Miether nun gar nichts“, bemerzte nachdenklich einer der Zuhörer, und ein anderer legte mit Galgenhumor hinzu: „Aber sie riechen's nachher!“ Es wäre interessant, festzustellen, ob der Mangel an Klosetts und die daraus sich ergebende nothgedrungene Verunreinigung der Deckenfüllungen sich bei den Neubauten aller Stadtheile oder bloß bei den Miethskafernen der Arbeiterviertel findet. Wir möchten das Letztere annehmen, da bekanntlich vorwiegend bei den schnell und lächerlich aufgestellten Miethskafernen mit dem Gelde gepart wird. Und der Mangel an Klosetts für die Bauarbeiter ist doch nur auf den Geiz der Unternehmer zurückzuführen.

Es sind jedoch nicht bloß Privatunternehmer, welche ihren Arbeitern nicht immer zu einer dem Anstand und den Forderungen der Gesundheitspflege entsprechenden Befriedigung ihrer Nothdurft Gelegenheit geben. Ueber den Güterbahnhof der noch auf Berliner Gebiet gelegenen Ringbahnstation Friedrichsherg wird berichtet:

„Auf dem Güterbahnhof ist kein Kloset; es werden dabeist täglich circa 100 Fußren abgeladen. Die damit beschäftigten Arbeiter verrichten ihre Nothdurft, wo es ihnen gerade paßt. Zu bemerken ist noch, daß die Leute (Männer) vor den Frauen, die dabeist gleichfalls thätig sind, sehr gerirt sind. Zwischen den dabeist befindlichen Röhren liegen massenhaft Exkremente.“

Die meisten Arbeiterviertel von Berlin sind noch nicht an die Kanalisation angeschlossen. Infolge dessen herrschen grauenhafte Miethstände. Hier einige Bilder: Ueber das Haus Müller, Straße 114 wird berichtet:

„Das Haus ist ein zweistöckiges, fast schon an der Legelei Chaussee gelegenes. Vorn wird Schank- und Commertwirtschaft betrieben. Das Uebrige ist kasernenartig für eine ganze Anzahl Familien eingerichtet. Sonst sind die Verhältnisse durchaus ländliche. Der Holzplatz ist groß und geräumig. Der Brunnen liegt, man sollte fast sagen: unter laecoe et urinas (auf gut deutsch, Wein- und Urin) nicht Salondienstlich; zwischen Dred und Jauche). Rechts davon drei Klosetts mit Gruben und eine Dungsgrube, links eine Rinne für schmutziges Wasser, aus der ein beträchtlicher Tümpel zum Himmel stinkt. Der Schankwirth benutzt das Brunnenwasser zum Bierbräuen und Gläserspülen, die Bewohner zum Haushalt.“

Eine dem Bericht beigelegte Zeichnung des Grundrisses zeigt hinter dem Hof noch einen Garten, in dem Familien-Kaffee kochen können. Er wird durch einen Miethshausen, einen Ausguß für unreines Wasser, eine mit Müll angefüllte Grube und ein Pissoir verunstaltet. Ein Glas, daß das Kaffeekochengehen nur bei Arbeiterfrauen und nicht bei Kommerzienrathsfrauen läßlich ist.

Ein anderes Bild Ueber Pappel-Allee 107 wird berichtet:

„Dieses ländliche Grundstück besteht aus einem Komplex von vier einstöckigen Gebäuden, diversen Stallungen usw., wird von 51 Personen bewohnt, hat zwei Klosetts mit nicht ausgemauerten Gruben und ohne Spülung. Dicht dabei ist ein Platz, auf dem sämtlicher Mist aus den Stallungen angesammelt wird; eine Dungsgrube giebt's nicht. Der Mist ist erst abgefahren worden, nachdem sich die Nachbarn über den Gestank beschwert hatten. Die Bewohner genießen das Wasser des Hofbrunnens, da Wasserleitung nicht vorhanden ist. Eigenthümerin und Verwalter wohnen Beide nicht in diesem Hause.“

Daß die Senkgrube dieses Grundstückes nur mit losen Brettern bedeckt ist, sei besonders hervorgehoben angesichts des aus Brigg gemeldeten Falles, daß wieder einmal — zum wiederholten Mal — ein Kind in einer solchen Grube ertrunken ist.

Nicht ganz so schlimm als die Gruben, deren sofortige Beseitigung im sanitären Interesse unbedingt verlangt werden muß, deren Vorhandensein geradezu ein Stempel für die reinlichste Grobheit der Welt ist, nicht entfernt so gesundheitsgefährlich ist das leider auch in den kanalisirten Bezirken noch polizeilich zugelassene Tonnen-System. Auch hierüber klagten zahlreiche Eingänge.

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

Der Reichstag ist am 22. November wieder zusammengetreten. Er ist berufen zur Erledigung einer Gesetzesvorlage; deren Schicksal von folgenreicher Bedeutung für das deutsche Volk sein wird. Es handelt sich um die neue Militärvorlage, welche dem Volke neue ungeheure Opfer an Geld zumuldet. In der Thronrede, womit der Reichstag eröffnet wurde, heißt es: „Auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens sind berechtigete Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen. Der Abfall der Erzeugnisse der vaterländischen Arbeit hat sich in seinem Um-

fang und in seinem Ertrage nicht durchweg auf der Stufe befunden, welche unserm wirthschaftlichen Interesse entspricht.“ Das ist eine äußerlich milde Form, in welcher die wirthschaftliche Misere ausgegeben wird. In Wahrheit ist dieselbe ja viel schlimmer, als es nach jener Bemerkung den Anschein haben könnte. Erhebend werden etliche 70 Millionen Mark mehr für militärische Zwecke verlangt. Der Reichsanzeiger hat 58 Millionen Mark neuer Steuern angefordert. In ungezählten Protestversammlungen ist die Stimme des Volkes gegen die ihm gestellten ungeheuren Zumuthungen laut geworden. Mehr als zu irgend einer anderen Zeit blüht es mit gespannter Erwartung auf die Verhandlungen des deutschen Parlaments. Die Gemüther von Millionen durchzieht die Ahnung kommenden schwerer Kämpfe. Aber es ist nicht etwa eine bange Ahnung dessen, was in den nächsten Monaten sich ereignen wird. Denn der Gebrauch desjenigen Kampfmittels, das die verbündeten Regierungen vermuthlich zunächst in Anwendung bringen werden, wenn sich der deutsche Reichstag gegen die Militärvorlage ausspricht, er wird, so hoffen wir; den Uebelheiten der Vorlage erkennbar machen, daß das Volk in seiner Wehrheit hinter den Vätern steht, die es vor den Folgen der geplanten Maßregel zu schützen entschlossen sind. Weil die „Nordd.-Allg.-Ztg.“ vor einigen Tagen erklärt hat, an eine Aufhebung des Reichstages werde in leitenden Kreisen nicht gedacht, so sind wir gerade deshalb umso mehr geneigt, an diesen Schritt zu glauben. Und die Wähler im Lande spähen gut, sich auf einen für die nächste Zukunft bevorstehenden heißen Wahlkampf einzurichten.

Parlamentarisches. Die Abge. Dr. Hirsch, Werbach, Müller, v. d. Schulenburg, v. Wendt und Genossen haben folgenden Antrag, betreffend die Einföhrung des § 76 a des Krankenversicherungsgesetzes im Reichstage eingebracht:

„Mitglieder solcher eingeschriebenen und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hülfskassen, welche am 1. Januar 1893 die in § 76 a des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehene Beschneidung noch nicht erhalten, aber bereits vor diesem Tage die hierzu erforderliche Abänderung der Statuten, mit dem Antrage auf fernere Zulassung oder Genehmigung bei der zuständigen Stelle eingebracht haben, bleiben von der Verpflichtung der Gemeindefrankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankentasse anzugehören, noch bis zum 1. Juli 1893 befreit, wenn für die Mitglieder dieser Klassen auf Grund des § 76 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 und der am 31. Dezember 1892 geltenden Kassensatuten eine solche Befreiung besteht. Bis zu diesem Zeitpunkt haben die bezeichneten Klassen der Bestimmung des § 49 a des Krankenversicherungsgesetzes nur insoweit zu genügen, als es sich um den Austritt von Kassensmitgliedern handelt.“

Ferner ist von den Abge. Hirsch, Schneider und Schroder ein Gesuch eingebracht, betreffend die eingetragenen Berufsvereine dem Reichstage zur Beschlußfassung zugegangen.

Bei den Gewerbeertragswahlen in Plauen siegte die sozialdemokratischen Arbeiter mit großer Majorität.

In Weibert siegte in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratische Liste. In der Unternehmerklasse wurde ebenfalls ein Kandidat unserer Partei gewählt.

In Erlangen erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 345 Stimmen, die Hirsch-Dunderianer nur 69 Stimmen.

Vom „Recht“ des Arbeiters. In Dresden wurde vor einiger Zeit ein Glasmacher aus der Fabrik entlassen, weil er auf seinem Recht bestanden und dies beim Gewerbegericht zur Geltung gebracht hatte. Seitdem irr der Mann von einer Glasfabrik zur andern, ohne Arbeit finden zu können. Die Zeitschrift „Der Jagdgenosse“ fürchtet, daß hierzu das Institut der „Schwarzen Liste“ beigetragen habe. Wie sehr nun das Unternehmertum sich in seiner Macht äußert, beweist ein Schreiben der Neufelder Glasfabrik, bei welcher der Glasmacher um Arbeit nachgefragt hatte. Es heißt darin, daß der Arbeiter in der Neufelder Fabrik „natügemäß“ keine Arbeit finden könne, weil er die Dresdener Firma beim Gewerbegericht verklagt habe, mit welcher zusammen die erstere Fabrik eine Firma bilde. Unterzeichnet ist das Schreiben: „Aktiengesellschaft vormals Fr. Siemens. S. Dittler.“ Die Firma besteht also schwarz auf weiß, mit wahrhaft ähnylicher Offenheit ein, daß derjenige Arbeiter, welcher sein gutes, gesetzlich festgelegtes Recht ausübt, in Streitfällen das Gewerbegericht anzurufen, aus der Arbeit hinausfliegt. — O grandiose Sozialreform, die den Arbeiter nicht einmal vor demartigem Unrecht zu schützen gewußt hat!

Späte Erkenntnis. Einer der ehemals wärmsten Vertheidiger des Verfallungsnachweises, der konservative Reichstagsabgeordnete Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann in Plauen hat, wie das „Sächs. Volksblatt“ berichtet, in einer Versammlung zu Eibenstock über Innungsmeister erklärt, daß es mit dem Befähigungsnachweis doch seinen Faden habe; er hätte sich inszwischen mehr über die Befähigung der Innungen orientirt und obwohl er seinerzeit mit seinem Freunde Ackermann für den Befähigungsnachweis eingetreten sei, so wisse er heute doch nicht, ob er noch einmal dafür stimmen würde.

Wenn die Meldung richtig, dann wird das Umsatteln des Herrn Hartmann wohl in der veränderten Frontstellung seine Ursache haben; welche die Reichsregierung jetzt gegenüber den beehrten Innungsaposteln einnimmt.

Wohnungsstatistik. In Leipzig giebt es nach der Zählung vom 1. November 1892 5855 leerstehende Wohnungen, während im Jahre 1891 5168, im Jahre 1890 5385, im Jahre 1889 2746, im Jahre 1888 1721 vorhanden waren. Ebenso haben sich die leerstehenden Geschäftskale von 349 im Jahre 1888 auf 790 im Jahre 1892 vermehrt. Die Zahl der ge-

sammelt Wohnungen betrug am 1. Dezember 1890 80295.

Unfall-Statistik. Bei der norddeutschen Bauergewerkschaftsgenossenschaft sind im 2. Quartal 1892 circa 1243 Unfälle gemeldet. Davon entfallen:

Table with 4 columns: Sektion, Lob, Ueber 13 Wochen, Unter 13 Wochen. Rows include I. Berlin, II. Brandenburg, III. Pommern, IV. Westpreußen, V. Ostpreußen, and a Summa row.

Bei der Hamburgischen Baugewerkschaftsgenossenschaft gelangen in der Zeit vom 1. Januar bis ultimo Oktober d. J. zur Anzeige 1605 Unfälle, davon im Monat Oktober 192. Von ersterer Summe sind 24 Todesfälle. Entschädigt wurden in der angegebenen Zeit 245 Unfälle. Auf die Sektionen vertheilt sich die zur Anzeige gelangten Unfälle wie folgt:

Table with 5 columns: Sektion, Unfall-Angelegen, Todesfälle, Entschädigte Unfälle. Rows include Hamburg, Alstedt, Kiel, Altona, Schwerin, and a Summa row.

Die Zahl der bei der bayerischen Baugewerkschaftsgenossenschaft im 1. und 3. Quartal d. J. angemeldeten Unfälle beläuft sich auf 2152, nämlich 52; unter 13 Wochen 423; über 13 Wochen 1677. Am Stärksten ist an diesen Ziffern der Bezirk Oberbayern mit 20, bezw. 133, bezw. 486 theilhaftig.

Vom sozialdemokratischen Parteitag.

In seiner letzten Sitzung am Montag, 21. November, beschloß der Parteitag folgende Resolution: 'Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß die von ihm erzeugten Krisen und Arbeitsunterbrechungen immer allgemeiner, andauernder und verheerender werden; daß die Ausfaltung des Eigentums, die Enteignung und Verelendung der sogenannten mittleren Gesellschaftsschichten mit stets wachsender Geschwindigkeit vor sich geht; und daß durch Hungerlöthe und Arbeitslosigkeit für immer weitere Kreise ein Nothstand in Permanenz geschaffen wird.'

'Die notwendige Folge dieser zerstörenden Wirksamkeit des Kapitalismus ist, daß die Zahl der Eigentums- und Erwerbslosen sich fortwährend und in zunehmender Schnelle vermehrt.'

'Obgleich diese Folgen des Kapitalismus unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht zu beseitigen sind, und eine gerechte, menschenwürdige Organisation der menschlichen Arbeit und der menschlichen Gesellschaft nur durch den zur Herrschaft gelangten revolutionär-demokratischen Sozialismus zu erreichen ist, so haben doch Staat und Gemeinde auch in der heutigen Gesellschaft unbedingt die Pflicht, den Nothleidenden zu helfen und sie vor Hunger zu schützen. Da das Almosen unerbittlich und die Hilfe am zweckmäßigsten durch die Beschaffung von Arbeit geleistet wird, so fordert der Parteitag den Sozialdemokratie der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden auf, der zu einer öffentlichen Skandalmittel gewordenen Arbeitslosigkeit durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse nach Möglichkeit zu steuern.'

'Angeht es das unmaßlos sich vergrößernde, immer weitere Volkstheile in's Verderben reisende Auflösungsprozesse, der zwar einerseits dem Sozialismus die Wege ebnet, andererseits aber auch die Gefahr blinder Ausbrüche der Lebenskraft und der Verwerfung erzeugt, ist es in verdoppeltem Maße die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, mit äußerster Anspannung aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß alle Gesellschaftsglieder, die der Kapitalismus zum Elend verurtheilt, und die in ihm ihren Todfeind erblicken müssen, über ihre Interessen aufgeklärt und in die Arme der Sozialdemokratie: des zum wirtschaftlichen Klassen- und politischen Befreiungskampf organisierten Proletariats eingereiht werden.'

Die Riesenbrücke bei Grünthal,

über den Nord-Ostsee-Kanal, ist vollendet und dem Wagenverkehr übergeben worden. In der 'Kreuzzeitung' wird das Werk wie folgt geschildert und gezeichnet:

'Dort, wo die Uferböschungen des Kanals sich höher erheben als sonst an irgend einer Stelle der neuen, bedeutsamen Weltstraße zwischen Nord- und Ostsee, wo der Mittelrücken des holländischen Landes das Stromgebiet der Eider von demjenigen der Elbe scheidet, und wo das fruchtbare Land der Dittmarshagen sich abgrenzt von Haide und Meer, dort wird die Grünthaler Eisenbahnbrücke, von Ufer zu Ufer sich spannend, aus den Ueberbrungen weithin sichtbar, das gewaltigste Denkmal menschlichen Erfindungsgeistes und menschlicher Arbeitskraft bilden, gewissermaßen das charakteristische Insignis für die Größe des Unternehmungsgeistes, aus welchem das ganze nationale Werk der Kanalarbeit erwachsen ist. Wer in Zukunft den neuen Wasserweg von der Riesenbrücke bis zur Mündung des Elstromes durchgesehen,

besten Gedächtniß wird sich keine Marke schärfer und bleibender einprägen, als die Hochbrücke bei Grünthal. Denn mag die Herstellung der gewaltigen Schienen bei Holtzenau und Brunsbüttel trotz technischer Standpunkte ein nicht minder großartiges Werk sein, als jene Brücke, so werden diese Schienen naturgemäß dem Laien doch nicht so einbringlich in die Augen treten. Denn mehr als jeder Tiefbau, dessen Großartigkeit sich zumest seinen Wänden verhilft, imponirt dem Nichtkenner ein Werk des Hochbaues, das sich ihm frei und offen in allen seinen Umfängen und Dimensionen repräsentirt. Hoch oben von der Brücke hinauf in die schwebende Tiefe des Strombettes geschaut und einen stolzen Dreimaster unter sich hindurchfahren gesehen zu haben, oder gar selbst auf einem solchen Dreimaster von unten hinaufgebildet und gesehen zu haben, wie hoch über unserm Haupte und den Raaen und Stangen des Schiffes der Eisenbahnzug dahin rastte: das ist eine Erinnerung, die sich nicht leicht wird verwischen lassen. Von den vier Punkten, wo der Kanal durch Eisenbahnen gekreuzt wird, dürfte die leicht an einem einzigen, nämlich zu Ebersau, wo die Linie Kiel-Zensburg die Wasserstraße kreuzt, das Bild der Ueberführung ein ähnliches, an seinem aber ein wirkungsvolleres sein, als bei Grünthal, wo über die Brücke neben der Eisenbahn der gesammte Verkehr einer sehr belebten Landstraße zwischen Hademarschen und Albersdorf geleitet wird, ohne den Schiffsbetrieb auf dem Kanal auch nur für eine Stunde zu stören, oder durch diesen im Geringsten unterbrochen zu werden. Dieses Prinzip der absoluten Ungerührtheit zweier sich kreuzenden Verkehrsrichtungen, welches man bei den durch Drehbrücken vermittelten Bahnübergängen der Neumünster-Rendsburger und Zephoer-Seider Schienenwege nicht vollständig berücksichtigt finden wird, ist die Ursache geworden, welche neuerdings infolge Uferhöherer Initiative bezüglich der Kiel-Zensburger Bahn zu einer Aenderung des ursprünglichen Bauplanes geführt hat, bei dem Grünthaler Bahnübergang aber von vornherein maßgebend gewesen ist. Um einem solchen Vorhinein Rechnung zu tragen, war es unbedingte Forderung, daß die Brücke so hoch über den Wasserpiegel geplant wurde, daß jedes Schiff mit noch jo hohen Masten ungehindert hindurch konnte, und um dieses zu erreichen, genügte es hinwiederum nicht, die natürlichen Gipfel der Uferböschungen mit einander zu verbinden. Denn obwohl der Durchsicht von Grünthal die höchste Bodenenerhebung darstellt, welche der Nord-Ostsee-Kanal auf seiner ganzen Strecke durchschneidet, so sind die entstehenden Böschungen gleichwohl nicht hoch genug, um nicht von der Bemalung einer der noch heute namentlich als Schulschiffe in unserer Marine zur Verwendung gelangenden Freigatten, wie 'Molte', 'Gelsenau', 'Stofh', 'Leipzig', überragt zu werden. Die lichte Höhe der Brücke mußte eine noch größere sein, die Böschungen mithin noch um ein Beträchtliches ausgehöhlt werden. Zu diesem Zweck war es erforderlich, den neuen Bahndamm bereits in ziemlich weiter Entfernung von dem Kanal langsam zu den Ufern des letzteren ansetzen zu lassen, und zwar so hoch, daß die Jobann von dem Gipfel der einen künstlich erhöhten Böschung zu demjenigen der anderen geplanten Brücke eine lichte Höhe von 42 Metern erhält, d. h. eine Höhe, daß jedes noch so hoch bemalte Kriegsschiff oder Kaufahrtschiff ungehindert hindurchgehen kann. Dies ist geschehen; und zwar ist es einleuchtend, daß der Bau eines solchen Eisenbahnammes, der bei einer Fußbreite von 90 Metern eine Steigerung von 25 Metern erreichen sollte, gewaltige Erdemengen erfordert, welche da auch Jahre hindurch Tausende Hände und eine Menge Maschinen in Arbeit erhielten. Der neue Damm, welcher eine Strecke weit südlich vom ursprünglichen Schienenwege gezogen wurde, fällt nach der Kanalartern im Verhältnis von 1:1/2, ab, während seine eigenen Seitenböschungen im Verhältnis von 1:1/2 ansteigen. Weithin sichtbar erhebt sich das mächtige Erdwerk aus dem Niveau der Landschaft.

Während nunmehr bei Grünthal die Breite des Kanalprofils nur 60 Meter beträgt, d. h. immerhin eine Breite, welche für das gleichzeitige Hindurchgehen zweier großer Dampfer ausreicht, bedarf es für die 42 Meter über dem Wasser gezogene Brücke selbst einer lichten Spannung von 166,5 Meter. Um bei dieser Strecke keineswegs anderweit unterzählen, aus Eisenkonstruktion hergestellten Brücke die nötige Festigkeit an den Ufern zu geben, wurde folgendes Verfahren eingeschlagen. Bevor die an beiden Seiten an den Kanal gestützten neuen Dämme die Ufer des letzteren erreichen, sind hinter einander mehrere mächtige Thürme aus Ziegelsteinen und Granit aufgeführt, die eine Höhe von 40 Meter haben und durch Mauerbögen verbunden sind. Die beiden, den Ufern des Kanalbettes am nächsten stehenden Thürme, zwischen denen sich die eigentliche Brücke ohne weitere Stütze spannt, sind, wie gesagt, 166,5 Meter von einander entfernt. Die Pläne für die Thürme sind vom Bauarchitekten Eggert aus Berlin, diejenigen für die Eisenkonstruktion der Brücke selbst von dem Eisenbahn-Bauinspektor Creve in Kiel entworfen.'

Ueber die Arbeiterausstände in Italien

berichtet der Generaldirektor der Statistik, S. Bobio in Mailand, folgendes:

Es sind statistische Daten über das Streikwesen bereits seit längerer Zeit gesammelt worden. Für die Zeit von 1860 - 1878 liegt eine Zusammenstellung des Deputirten Bonasi vor, welcher bei der im Jahre 1878 eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Ausstands-bewegung als Vorkisgender und Berichterstatter fungirte. Hieran schließt sich eine von dem Marschese di San Giuliano verfaßte Arbeit, welche durch die Parlaments-verhandlungen über das Streikwesen veranlaßt wurde und welche den Zeitraum von 1876 bis März 1884 umfaßt. Seit dem Jahre 1884 hat Jobann die General-direktion der Statistik den Arbeiterausständen ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Das von ihr gesammelte Material beruht auf den Meldungen der Präfekten, welche bis Ende 1890 aber alle und im Jahre 1891 über die

wichtigeren in ihrem Bezirke vorgekommenen Streiks an das Ministerium des Innern berichteten.

Nach den Angaben Bobio's, welche aus den im Vorstehenden bezeichneten Quellen geschöpft worden sind, haben in Italien während der Zeit von 1860 bis 1. Juli 1878 495 und während der Zeit von 1878 bis Ende 1891 1030 Arbeiterausstände stattgefunden. Die Zunahme der Ausstände war im Allgemeinen eine stetige, in einzelnen Jahren wurde indessen eine ausnahmsweise hohe Ziffer erreicht, so waren 1873 103, 1874 94, 1890 136 Ausstände zu verzeichnen. Auch die Bedeutung der Streiks ist gewachsen. Während bis 1882 die Zahl der Ausständischen niemals die Ziffer von 10 000 erreichte, nahmen an den Ausständen des Jahres 1885 34 000, der Jahre 1888 und 1889 gegen 30 000 und an denen des Jahres 1890 beinahe 40 000 Arbeiter Theil.

Ueber die Ursachen und Ziele der Ausstände seit 1878, ist in 1026 (von 1030) Fällen Näheres ermittelt worden. Hiernach wurden unternommen: 543 Ausstände, um eine Lohnerhöhung, und 66, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. 110 Ausstände hatten den Zweck, eine beachtete Lohnherabsetzung abzumenden, und 16 bezweckten, einer Verlängerung der Arbeitszeit entgegenzutreten. Bei den übrigen 291 Streiks wurde Aenderung der Disziplinarbestimmungen, anderweite Zahlungsart, Freigabe der Feiertage und dergleichen angestrebt, oder sie wurden unternommen, um gegen die Entlohnung von Aussehern, Werksvorstehern etc. zu protestiren, oder auch, um mit den ausländischen Arbeitern anderer Fabriken gemeinschaftliche Sache zu machen.

Das angestrebte Ziel wurde in 174 Fällen ganz und in 379 Fällen theilweise erreicht. 448 Ausstände blieben dagegen erfolglos. Der Ausgang der übrigen (29) Streiks seit 1878 ist nicht bekannt geworden.

Am häufigsten waren die Ausstände bei der Textilindustrie, dem Bergbau, dem Hüttenbetriebe, dem Maschinenbau, den Eisenbahnanlagen und den häuslichen Bauunternehmungen. Von den 90 im Jahre 1891 vorgekommenen (bedeutenderen) Streiks, entfielen auf diese Industriezweige 70. Geographisch betrachtet, steht die Zahl der Streiks mit der industriellen Entwicklung der einzelnen Gegenden ziemlich im Einklang; von den Ausständen in der Zeit von 1878-1892 kommen auf die Lombardie 251, auf Piemont 141, auf die Emilia 127 und auf Sizilien (d. h. fast ausschließlich auf den dortigen Bergbau) 96 Streiks.

Zeitlich waren die Ausstände meist von kurzer Dauer. Von den 998 Streiks, bei welchen hierauf bezügliche Angaben vorliegen, dauerten 621 länger als 4 Tage, 246 4 bis 10 Tage und 126 länger als 10 Tage.

Die bedeutendsten Ausstände im Jahre 1891 waren folgende:

Der Maschinenarbeiter-Ausstand in Mailand (2000 Arbeiter, 14 Tage).

Der Weberausstand in Schio (1300 Arbeiter).

Der Lohgerberausstand in Genua (600 Arbeiter, 21 Tage).

Der Ausstand der Zigarrenarbeiterinnen in Neapel (2000 Personen, 10 Tage).

Der Weber- und Weberinnenausstand in Como (2000 Personen, gegen 14 Tage).

Der Ausstand der Schwefelgrubenarbeiter in Cantafetta und Girgenti (über 20 Tage).

Bei den vorstehenden Angaben sind die Ausstände der Bauern und Landarbeiter außer Betracht gelassen. Die Ausstände dieser Klassen, welche auch schon früher vorgekommen, durchweg aber 'gütartiger' Natur gewesen waren, nahmen, wie Bobio in seinem Bericht ausführlich, seit dem Jahre 1884, den ersten Charakter einer sozialistischen Bewegung an.

Die Bewegung trat zuerst in der Provinz Rovigo hervor, welche sich wirtschaftlich infolge der Ueberfluthung vom Jahre 1882 in bedrängter Lage befand, und sie hatte zur Folge, daß für die Erntearbeit im Jahre 1884, anstatt des bisherigen Lohnes von 10 bis 12 Prozent, ein solcher von 30 Prozent gefordert wurde. Allerdings minderten die Ausständischen, als die Behörden den Grundeigentümern Truppen für die Erntearbeiten zur Verfügung stellten, jene Forderung herab, immerhin waren die Grundeigentümer aber gezwungen, 20 und sogar 22 und 23 Prozent des Ernteertrages zu bewilligen.

Im Jahre 1885 fand eine ähnliche Bewegung in der Provinz Mantua statt, wo die Bauern Tausende von Vereinen und Zweigvereinen gebildet und sich zwei Centralvereinen unterstellt hatten. Die Bewegung, welche auch Unruhen zur Folge hatte, verbreitete sich auf die Provinzen Padua und Verona und fand erst ihr Ende, als die Leiter des Aufstandes verhaftet wurden. In der Sache wurde eine gütliche Uebereinkunft zwischen den Parteien erzielt.

In der Provinz Parma suchten im gleichen Jahre die Pächter (mezzajoli) durch gemeinschaftliches Vorgehen eine Aenderung der Pachtrträge herbeizuführen. Die hierauf gerichteten Bestrebungen, bei welchen man die Grundeigentümer auch vielfach durch Sachbeschädigungen (Abschneiden der Weinstöcke, Maulbeerstämme, Maispflanzen), sowie durch Thätlichkeiten und Ausläufe einzuschüchtern suchte, dehnten sich dann bis auf die Gegenden von Mailand, Monza und Como aus. Sie erfolgten allmähig von selbst, nachdem die Pächter mancherlei Vortheile erlangt hatten.

Seit dem Jahre 1885 haben sich die Ausstände und Bestrebungen der Landarbeiter und Pächter alljährlich wiederholt, in den Jahren 1886, 1887 und 1890 traten sie besonders stark im Wolognesischen hervor, wo sich ein großer Theil der Reichsbauern (risajoli) an denselben betheiligte.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Eine zwangsweise Arbeitseinstellung hat sich hier in Hamburg ereignet. Laut Verfügung des Baupolizeinpektors Weßphalen vom 21. November die Arbeit bei einem Neubau des Zimmermeisters Johann Rohdenwohld, Ecke Stellungweg und Zweite Parstraße, eingestellt werden, wodurch 46 Maurer und andere Ar-

better arbeitslos wurden. Für Zimmerhandlung gegen die Verfügung wurde eine Strafe von M. 100 angedroht. Der Baupolizeikommissar vermutet, daß mit dem Bauplan des betreffenden Gebäudes als 'Badezimmer' bezeichneten Räumen eine Umgehung des Baupolizeigesetzes beabsichtigt ist, indem seiner Ansicht nach diese Räume später zu Wohnräumen verwendet werden sollen. Es wird deshalb die Fortsetzung neuer Pläne verlangt, durch welche die vermuthete Umgehung des Baupolizeigesetzes unmöglich wird. Bis dahin muß die Weiterausführung des Neubaus eingestellt werden, was für die bei dem Bau beschäftigten Arbeiter in dieser schweren Zeit bey Noth außerordentlich schädlich ist, da sie anderweitige Arbeit kaum finden dürften. Es wäre zu wünschen, daß bald eine Verständigung mit der Baupolizeibehörde erzielt wird.

Die Lage der Dautischer Hamburgs, welche nie eine beneidenswerthe war, hängt, wie ein Kenner der Verhältnisse im 'Hamburger Echo' schreibt, an eine ganz trostlose, verzweifelte zu werden. Der Zimmermeister Tischlerarbeit (Schweitzer, östpreussischer und süddeutscher) hat in letzter Zeit so kolossale Dimensionen angenommen, daß der Ueberschuss auch nicht im Entferntesten im Stande ist, sich nur annähernd einen Begriff davon zu machen. Man geht nicht zu weit, wenn man mit der That sache rechnet, daß von den zu liefernden Fenstern, Thüren und was man sonst unter 'Dautischer Arbeit' versteht, in letzter Zeit reichlich zwei Drittel eingeschidte Arbeit war. Hat doch ein größerer Hamburger Tischlermeister und Bauunternehmer allein im vorigen Jahre Lage und schreibe für M. 68 000 schwebende Arbeit (Thüren und Fenster) bezogen und verwandt. Während früher nur in den sogenannten Schwindelbauten und Terrassen eingeschidte Arbeit verwandt wurde, hängt man in letzter Zeit an auch wirklich gute und reelle Neubauten mit schwebender Arbeit zu versehen. Auch der Hamburger Staat hat im Laufe des letzten Sommers eine Menge Tischlerarbeit in Berlin anfertigen lassen und soll neuerdings wieder Tischlerarbeiten nach Berlin vergeben haben. Die Verweigerung für eine solche Handlungsweise sind leicht zu errathen. Die Schweden liefern die Arbeit 40 bis 45 pSt und die Berliner 10 bis 15 pSt billiger als Hamburger Tischlermeister. Da liegt der Fund der billigen, billig, nur billig, soll die Arbeit sein; wie die Arbeit beschaffen ist und wie lange sie hält, das ist ganz Nebenache, so wohl für den Staat wie für Privatunternehmer.

Daß unter solchen Umständen die Arbeitslosigkeit unter den Tischlern Hamburgs eine große ist, wird Jedem einleuchten. Hunderte von Tischlern, worunter zahlreiche Familienväter, liegen auf der Straße und sehen mit Bangen und Sorgen dem Winter entgegen, der noch gar nicht richtig begonnen. Daß bei eintretendem Frost und Schneefall die Arbeitslosigkeit noch mehr zunimmt, dürfte ebenfalls Jedem bekannt sein. Daß die große Arbeitslosigkeit auch ein Einlen der ohnehin schon niedrigen Arbeitslöhne mit sich bringen würde, war vorauszuversetzen.

Im Lager der Gewerksvereiner bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Grünungen der Harmonie, Doktoren doch eigentlich pro nihilo arbeiten. In Nr. 48 des Organs des Dr. Vogels durch veröffentlicht Herr W. Vogel, Leipzig einen 'Wu z u a n e n' überschriebenen Artikel, aus welchem wir folgende Sätze mittheilen:

Ich habe mit ichon des Lesers die Frage vorgelegt, warum die Deutschen Gewerksvereine trotz aller Agitation und trotz der vielfachen nützlichen Einrichtungen, die sie dem Arbeiter bieten, zu keiner größeren Verbreitung gelangt sind. Es ist doch sicher nicht zu bestreiten, daß die Zahl von 60 000 Mitgliedern — bei rund 12 Millionen Arbeitern, die es im Deutschen Reich giebt, und nach einem Bestehen von 25 Jahren — recht sehr gering ist, zumal, wenn man die Verhältnisse der gleichartigen Sozialdemokratie damit in Vergleich bringt. Es mag wohl richtig sein, daß bei den meisten Menschen große Worte mehr wirken, als kleine Thaten, und die Mehrzahl spielt ja auch lieber in der Lotterie, statt sich auf's Sparen zu legen. Aber auf die Dauer müßte die legendäre Wirksamkeit unserer Organisation sich doch entschieden geltend machen und der guten Sache mehr Anhänger zuführen, als dies thatsächlich bisher der Fall gewesen ist. Die Deutschen Gewerksvereine haben allerdings bis jetzt wenig Gelegenheit genommen, durch die Tagespresse sich Eingang und Einfluß bei den breiten Massen des Volkes zu verschaffen. Es giebt viele Arbeiter; die nie etwas von unserer Organisation gehört haben oder die unsere Gewerksvereine mit den Fächerweiden verwechseln; so etwas sollte nicht vorkommen können, nachdem unser Verband bereits ein Vierteljahrhundert besteht und im öffentlichen Leben wirksam ist.

Die Vernachlässigung der Propaganda erklärt aber nur zum Theil das verhältnismäßig bescheidene Anwachsen unserer Organisation, und da man nicht gut annehmen kann, daß die deutschen Arbeiter zu geringe Einsicht besitzen, um die Vorzüge der Gewerksvereine richtig würdigen zu können, so muß der Grund anderswo zu suchen sein.

Nach meiner Meinung ist die Ursache darin zu finden, daß wir viel zu sehr und ausschließlich in rein negativen Aufgaben ausgehen, daß wir uns in unseren Klassen, mit unletzen Rechtschutz u. c. immer nur mit der Aufhebung oder Milderung von Nachtheilen beschäftigen, statt praktisch und energisch an der Herbeiführung besserer Verhältnisse zu arbeiten. Wir sorgen wohl dafür, daß wir nicht zurückkommen, aber sehr wenig dafür, daß wir weiterkommen. Die positiven Aufwände unserer Organisation sehen bloß im Statut, in der Wirklichkeit ist nicht viel davon zu spüren. Dies einmal zur Sprache zu bringen, halte ich für nützlich im Interesse unserer Sache; wenn wir etwas erreichen wollen, so müssen wir zuerst unsere Fehler erkennen, um sie in Zukunft zu vermeiden. Die Sozialdemokratie operirt mit Streiks- und Zukunftsversprechungen, die zwar beide an sich nichts werth sind, die aber doch eine positive Tendenz, die Absicht des Proletariats, in sich tragen und deshalb mehr Anziehungskraft besitzen als

untere an sich viel werthvolleren Klassen und sonstigen Einrichtungen. Unsere Klassen zeigen ihre Wirkung nur dem, der in Noth ist, während die sozialdemokratischen Zugmittel auf alle Arbeiter wirken und deshalb den größten Erfolg erzielen.

Herr Vogel möge die Sozialdemokratie nur etwas genauer und vorurtelreicher studiren, so dürfte er finden, daß die Sozialdemokratie weit davon entfernt ist, mit Streiks operiren zu wollen. Sie hat noch niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie die Möglichkeit der Vermeidung der Streiks als einen großen Vortheil erachtet. Auf allen sozialdemokratischen Parteitagen wie auf allen Kongressen der im Geiste der Sozialdemokratie wirkenden Gewerksvereine ist sehr scharf betont worden. Auch nicht mit 'Zukunftsversprechungen' operirt die Sozialdemokratie, sie weist die Unhaltbarkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung nach und erweist so die Ueberzeugung, daß an die Stelle dieser Ordnung eine bessere und gerechtere treten müsse als das Resultat der organischen Entwicklung. Ein nicht ganz und gar mit geistiger Blindheit geschlagener Arbeiter mecht, wenn er sich mit dem Gewerksverein beschäftigt, sofort, daß bei demselben die Absicht des Vorwärtskommens grundsätzlich ausgeschlossen ist. Wo Harmonieziel herrscht, kann diese Absicht nicht bestehen. Da finden wir in derselben Nummer des 'Gewerksvereiner', welche die Ausführungen des Herrn Vogel bringt, folgende Noth:

Ein schönes Fest, das wieder einmal die sozialistische Verfassung, es giebt keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Allen Fraß, feierte am 31. Oktober das Personal der weltberühmten lithographischen Anstalt von Sebrüder Weigang in Waagen mit ihren beiden Chefs Otto und Eduard Weigang. Es war das Fest des 25-jährigen Bestehens. Die Firma, die heute einen Vertrau genießt, wurde vor 25 Jahren mit den kleinsten Anlagen begründet, und heute beschäftigt sie viele hundert Arbeiter, darunter eine große Zahl Verbandsangehörigen. Die Chefs listeten M. 50 000, wovon M. 20 000 sofort zur Vertheilung kamen. M. 30 000 sollen den Fonds einer Pensionskasse bilden und verpflichten sich die Chefs, ja lange 1 Prozent der an Löhnen und Gehältern gezahlten Summe dem Fonds zuzuführen, bis dieser die Höhe von M. 100 000 erreicht hat. Das verdient Anerkennung, und beweist, daß das Wort des Herrn Eduard Weigang, das Firma liege auch das Wohl ihrer Arbeiter und deren Angehörigen warm am Herzen, kein leerer Schwall war.

Wie viele unter den 60 000 Mitgliedern der Gewerksvereine es giebt, die sich einen abernen Beweis für das Vorhandensein der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ernst nehmen? Diese Art der gewerkschaftlichen Propaganda muß sich schämend auf die Gewerksvereinsmitglieder wirken. Und kann's recht sein! Um so sicherer werden die der Ausbildung einer besseren Ueberzeugung fähigen Mitglieder der Sozialdemokratie zugeführt werden.

Dem Gewerksverein ist übrigens ein kleines Malheur passiert. Unmittelbar über der zuletzt mitgetheilten Noth, welche die Harmonie verberichtet, befindet sich folgende: 'Aus W. l. e. n. d. W. schreibt man uns über das vorige Löffergewerbe: Hier herrschten bisher immer noch so leidliche Verhältnisse, so daß man zum Klagen keinen Grund hatte. Vor einem Jahre erhielten wir Töpfer zwar eine 'Lohnregelung', was einem Abzug gleich war, aber die Sache machte sich noch. Aber dies Jahr ist es schlimmer. Ohne die Arbeiter zu fragen und ohne sich um die Arbeiterangelegenheiten zu kümmern, wurde vor acht Tagen fürweg bekannt gemacht, daß ein Abzug von 5 Prozent, in einigen Fabriken sogar von 10 Prozent stattfinden werde. Die Töpfer, die ohnedies nur bei Tageslicht arbeiten, sind dadurch doppelt geschädigt. Die Fabriken sind hier meist recht gut beschaffen, weshalb es den Arbeitern hat, daß man sich nur die augenblickliche Arbeitslosigkeit, die in anderen Städten in unserm Gewerbe herrscht, zu Hilfe machen will, da man glaubt, unter diesen Umständen die Löhne ruhig drücken zu können.'

Ist das auch 'Harmonie zwischen Kapital und Arbeit', verächtliche 'Gewerksvereiner'?

Eine praktische Probe auf die Theorie ist im Staate Massachusetts (Nordamerika) zu machen. Dort ist vor Kurzem ein Gesetz in Kraft getreten, welches die Arbeitszeit auf 58 Stunden pro Woche festsetzt. Das Gesetz bezieht sich, wie die einschlägige englische Gesetzgebung, nur auf Frauen und Minderjährige, weil nach englisch-amerikanischen Anschauungen der Staat disziplinirten Personen die Kontraktfreiheit nicht beschränken darf. Da aber in den meisten Industrien, in Massachusetts speziell, in der wichtigsten, der Textilindustrie, Frauen und Minderjährige vielfach beschäftigt werden, so kommt auch das Gesetz den Männern zu Gute, die für sich allein den Betrieb nicht aber die bestimmte gezielte Zeit hinaus fortsetzen können.

Die seitige gesetzliche Arbeitszeit, in den Textilfabriken von Massachusetts war 60 Stunden pro Woche. Als das erwähnte Gesetz in Kraft trat, verjagten die Fabrikanten, einen Lohnabzug zu machen. Da aber traten ihnen die Arbeiterorganisationen entgegen und vertriehen den Anschlag. Sie bekommen also für 58 Stunden den seitherigen Lohn für 60 Stunden, leisten wahrhaftlich ebensowiel wie zuvor, was aber die Fabrikanten nicht verwinden hätte, ihnen abzuknappen, wenn nicht eben der erwähnte Widerstand gewesen wäre.

Das ist nun ein sehr einfacher Vorgang, und doch ist er sehr lehrreich, denn er zeigt, wie notwendig die Verbindung politischer und gewerkschaftlicher Thätigkeit für die Arbeiter ist.

Mit Recht bezeichnet das Philadelphia Tagesblatt, ob die Textilarbeiter von Massachusetts die Verstärkung der Arbeitszeit auch nur von zwei Stunden pro Woche durch Streiks durchgesetzt hätten. In solchen Industrien, wo so viele Frauen und Kinder beschäftigt werden, sind Streiks eine gewagte Sache. Jedemfalls aber hätte die Erlämpfung dieser zwei Stunden freie Zeit im Wege des Streiks große Opfer gekostet. Die Arbeiter von Massachusetts verjagten es garricht erst,

Sie gingen vor die Legislatur und forberten den gesetzlichen Wunschnundentag. Darauf erhielten sie diese Beschlagszahlung. Die Politiker von Massachusetts gingen nicht ohne Weiteres darauf ein. Der Forderung der Arbeiter hand die Opposition der Fabrikanten entgegen. Die Fabrikanten bilden eine politische Macht. Sie zu besiegen war nur möglich, wenn die Gesetzgeber überzeugt wurden, daß die Arbeiter eine noch größere politische Macht bildeten und sie anzuwenden entschlossen wären.

Bei den letzten Wahlen trat in Massachusetts die sozialistische Arbeiterpartei selbstständig auf. Es ist richtig, daß sie nur eine kleine Anzahl Stimmen erhielt. Aber in einem Staat, wo das Stimm von einigen Tausenden die Parteiherrschaft verschleppen kann, sind auch kleine Anfänge dritter Parteien nicht zu verachten. Diese Parteien können wachsen und gefährlich werden. Um das zu verhindern, um, in diesem Falle, die Arbeiter vom Anschluss an dieselben abzuhalten, macht man ihnen Zugeständnisse. Nicht die Humanität, nicht die Liebe für die Arbeiter hat die Gesetzgeber von Massachusetts für das Zugeständniß gewonnen, sondern die Furcht vor ihnen hat es ihnen abgerungen.

Jetzt aber handelt es sich um die Durchführung des Gesetzes. So unwillig die Politiker sind, derartige Gesetze zu erlassen, so unwillig sind sie, dieselben auszuführen. Sie dazu zu zwingen, sie zu übermachen, das ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Dafür zu wirken, daß der Lohn nicht entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit herabgesetzt wird, das ist die Sache der Gewerkschaften. Die ökonomischen Fragen zu diskutieren und damit zunächst unter den Arbeitern das Verlangen nach solcher Gesetzgebung zu wecken, das ist die Sache der Gewerkschaften.

So zeigt es sich also an diesem Beispiele, daß die gewerkschaftliche Organisation und die selbstständige politische Aktion Hand in Hand gehen müssen.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich.

Das Organisations-Komitee an die Arbeiter aller Länder!

Arbeitler! Genossen! Es erfüllt uns mit hoher Freude, Ihnen mittheilen zu können, daß unser erstes Rundschreiben bei den Arbeitern der ganzen Welt freudigen Widerhall gefunden hat.

Alle bedeutenden Arbeiterorganisationen von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Holland und Skandinavien, von Frankreich, Italien und Spanien, von Australien und den Vereinigten Staaten Amerikas haben uns ihre Absicht kundgegeben, sich 1893 in Zürich vertreten zu lassen. Eine ganze Reihe nationaler Arbeiterkongresse hat die Theilnahme am internationalen Kongress von Zürich beschlossen und viele Organisationen haben uns ihre Wünsche und Anträge zugesandt.

Wir dürfen es jetzt schon mit Zuversicht aussprechen: Der internationale sozialistische Arbeiterkongress von Zürich im Jahre 1893 wird gut besucht und ein wahrhaft internationales Parlament der Arbeiter werden.

Leider hat füglich der englische Gewerkschaftskongress in Glasgow beschlossen, unverzüglich einen internationalen Kongress zur Verathung über den Achtstundentag durch das Parlamentarische Komitee der englischen Gewerkschaften einberufen zu lassen. Dieser unpraktische Beschluß wurde gefaßt, obgleich wir alle englischen Arbeiterorganisationen durch ein besonderes Schreiben an den Kongress in Glasgow herzlich eingeladen hatten, sich in Zürich vertreten zu lassen.

Wir haben sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses ein Rundschreiben an alle Arbeiterorganisationen Großbritanniens und Irlands erlassen und sie unter Darlegung der Sachlage nochmals nach Zürich eingeladen. Wir lagen darin unter Anderem:

Selbst wenn wir es wünschten, würde es uns ganz unmöglich sein, unser Mandat für die Einberufung eines internationalen Kongresses niederzulegen, außerdem muß es aber jedem verständigen Arbeiter klar sein, daß es eine abgeschmackte Selbstherrlichkeit wäre, wenn jede Nation das Recht haben sollte, einen internationalen Kongress einzuberufen. Es ist vollkommen klar, daß internationale Kongresse nur das Werk allgemeiner internationaler Verständigung sein können.

Zum Schluß müßten wir noch darauf aufmerktsam machen, daß der Internationale Kongress von Zürich schon ein ganzes Jahr vor den Sitzungen des Glasgower Kongresses beschlossen wurde, daß er von organisierten Arbeitern aller und nicht bloß einer einzigen Nation einberufen wurde und daß er sich nicht nur mit der Achtstundentagefrage, sondern auch mit den anderen dringenden Fragen beschäftigen wird, von deren Lösung die Freireiung der Arbeiter abhängt.

Dieses Rundschreiben hat bei den Arbeitern Großbritanniens und Irlands gute Aufnahme gefunden. Die englischen Arbeiterblätter erklären den Beschluß von Glasgow für einen Fehler und hoffen, daß das Parlamentarische Komitee ihn nicht ausführen werde. Die deutschen, französischen, italienischen und spanischen Arbeiter haben theils durch ihre berufenen Vertreter, theils durch Kongressbeschlüsse sich gegen den internationalen Achtstundentag ausgesprochen und erklärt, denselben nicht beizutreten zu wollen. Sie halten fest am international vereinbarten rektmähigen Kongress von Zürich. Angesichts dieser Umgebungen und im Interesse der hohen Sache des Proletariats der ganzen Welt müßten wir alle Arbeiterorganisationen auffordern, ebenfalls festzuhalten am einzigen internationalen Parlamente der Arbeit in Zürich im Jahre 1893.

Der bisherigen Werbung entsprechend, haben wir die Abhaltung des Kongresses auf den

Anfang August 1893 festgelegt. Mögen sich die Genossen also überall auf diesen Zeitpunkt rufen!

Was die Tagesordnung des Kongresses betrifft, so haben wir bis jetzt noch keine solche veröffentlicht, weil

mehrere große Länder noch keine Anträge zu derselben gestellt haben. Die Wünsche und Anträge, die bis jetzt laut geworden sind, betreffen hauptsächlich:

1. Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages.
2. Die Taktik der Sozialdemokraten mit Bezug auf die direkte Belegung durch das Volk.
 - a) Parlamentarismus;
 - b) Staatssozialismus.
3. Rechte und Pflichten der Internationalität:
 - a) im Falle bedeutenderer Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital;
 - b) im Falle eines Kriegsausbruches zur allfälligen Verhinderung des Krieges.
4. Internationale Organisation.
 - a) Errichtung nationaler Arbeitersekretariate;
 - b) Gründung eines internationalen Korrespondenzbüros.

Dies eine vorläufige Tagesordnung. Wir eruchen die Genossen, sie zu beipfänden und uns ihre Ansichten darüber oder auch neue Anträge dazu bis spätestens Ende Februar 1893 mitzuteilen. Die endgültige Feststellung der dem Kongress vorzuschlagenden Tagesordnung geschehen wir Ende März 1893 vorzunehmen und sie dann sofort bekannt zu geben.

Wir thun Alles, um den Kongress zum Ausdruck der Bestrebungen des kämpfenden arbeitenden Volkes zu machen. Nur einig sind wir hart; nur vereint können wir die Welt des Kapitalismus aus den Angeln heben. Mit Brudergruß und Handschlag!

Paris, den 15. November 1892.

Das Bureau des Organisationskomitees für den

Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress 1893:

Karl Bürkli, Präsident. Robert Seidel, Sekretär. August Wert, Kassierer.

Das Organisationskomitee.

Vertreter der Sozialdemokratischen Partei: J. R. Jäger, F. Karrer, D. Lang, H. Seibel, A. Widmer.

Vertreter des Grütlvereins:

R. Bürkli, F. Greulich, F. Häfeli, A. Ig, J. Bogefanger.

Vertreter des Gewerkschaftsbundes:

E. Bed. C. Conzett, A. Lätti, G. Manz, A. Märt.

Adresse für Korrespondenzen: Robert Seidel, Paris.

Aus Oesterreich.

Wien, 20. November.

Der erste Spatenstich der Wiener Verkehrsanlagen fiel recht glücklich aus. Bei der Westbahnlinie wird das Wasserleitrohr abgegraben und da waren Montag, den 7. November, drei, Mittwoch sieben und Samstag vierzehn Personen beschäftigt. Montag, den 14. November, arbeiteten im Ganzen zwanzig Personen bei den Wiener Verkehrsanlagen. Ist das nicht herrlich! Von 60 000—70 000 Arbeitslosen werden mit Gnade, zwanzig Personen beschäftigt! Das ist thätiglich nichts Anderes, als ein böses Spiel mit der grenzenlosen Noth der Arbeiter. Noch eine andere Seite hat diese Angelegenheit. Arbeiter, welche um Arbeit antraten, erhielten zur Antwort: „Kommen Sie morgen!“ Dann wieder: „Kommen Sie nächsten Monat!“ Die Arbeiter, die dort beschäftigt sind, und es sind nicht weniger als fünf Mann, machen sich über die Arbeitslosen lustig. Um Arbeiter zu eriparen, müssen die Fuhrleute, welche den Schutt wegführen, ausfallen lassen. Der erste Spatenstich ist gehen, und wie leben, in welcher traurigen Weise er sich vollzog. Der Anfang ist vorläufig sehr bezeichnend für die Arbeiterfreundschaft der maßgebenden Herren. Der Bauarbeiter-Anspruch wird sehr bald bei dem Präsidenten der Verkehrsanlagen wieder vorkommen, dann werden wir ja sehen, was weiter geschieht. Die Herren mögen sich ein wenig in Acht nehmen, denn es dürfte den Arbeitslosen die Geduld reizen über dieses Vorgehen. Der Unternehmer bezeichneter Arbeit heißt Baganini.

So viel Geschrei, als früher über die Großartigkeit der Verkehrsanlagen gemacht wurde, so wenig ist dahinter. Alle, die hoffen, bei den Verkehrsanlagen Arbeit zu erhalten, verzweifeln bereits daran, daß dieselben, wenn auch einmal begonnen, die gehegten Hoffnungen einigermaßen erfüllen werden.

Die Stadterweiterung vollzog sich in den letzten Jahren so rapid, daß schon seit zwei Jahren von einer Prosperität im Baugewerbe nicht die Rede sein kann. Gewissenlose Unternehmer, Kaufleute und ähnliches Gesindel stellten in Zeiträumen von einigen Monaten ganze Reihen von Hinzuhältern fertig, die jeden Moment einzustürzen drohen.

Ein gewissenlos verwerdlicher Konkurrenzkampf entspann sich, die Bauarbeiter wurden in der unglücklichsten Art ausgenutzt, Sonntags und Nachts wurde geschunden, und jetzt liegt das Baugewerbe gänzlich ruiniert darnieder. Tausende von Arbeitern, die alljährlich nach Wien ziehen, um ihren Unterhalt zu verdienen, sahen sich gezwungen, wieder abzurufen, weil eben keine Arbeit zu bekommen war. Diese Tatsache, daß das Baugewerbe gänzlich darnieder liegt, macht sich nicht nur unter den Arbeitern fühlbar, sondern auch beim Mittelstande. Die Verkehrsanlagen werden unter solchen Umständen nicht als etwas Beliebiges zu betrachten sein, sondern als Nothstandsarbeiten. Wenn wir den vergangenen Sommer betrachten, wo fortwährend Tausende Maurer und Hilfsarbeiter, unzählige Arbeiter anderer Bauarbeiten arbeitslos waren, Andere wieder nur einige Wochen Arbeit hatten, so muß der Vorgang, welcher sich vor 14 Tagen abspielte, um so empfindlicher wirken. Abgesehen von dem lägerischen Treiben einzelner Baumeister — aber wenn ein Stadtbau-direktor Berger offiziell erklärt, daß ein Mangel an

Arbeitskräften vorhanden ist, so ist dies doch, gelinde gesagt, eine Tyroliat, die ihres Gleichen sucht. Mangel an Arbeitskräften, sagt die Spitze des Stadtbauamtes, ist fiktional, und das Stadtbauamt entläßt fortwährend Arbeiter, weil keine Arbeit vorhanden ist. Recht hatten die Maurer und Hilfsarbeiter, als man ihnen sagte, daß erwählter Herr-Bebeiter braucht, daß dies Schwindel sei. Eine grenzenlose Frechheit ist es, wenn behauptet wird, es seien keine Arbeitslosen vorhanden, in einer Zeit, wo Tausende von Arbeitern aller Schattierungen, gewohnen sind, ihre Hände, die sie so gerne zur Arbeit verwenden würden, müßig in den Schooß legen zu müssen und deshalb auch nichts zu essen haben. Die Arbeiter, welche sich infolge dieser Verheerung, nämlich, daß Arbeiter gebraucht werden, an Ort und Stelle einfanden, um Arbeit zu bekommen, aber unverständliche Dinge abzulehnen mußten, beweisen die Niedertracht, welcher sich die Herren bedienen, am besten. Ja, die Parliere am Stadtbauamt erklärten sogar, daß sich die Arbeitenden an die Zeitungen, welche dies veröffentlichten, wenden sollten. Nun, die offizielle sowie die nichtoffiziellen Zeitungen benötigten gewiß keine Bauarbeiter, aber diese un-wahre Noth nahmen sie dennoch auf. Jeder Arbeiter, der nur ein Bißchen denken kann, weiß, daß die Arbeiterblätter die Arbeiter nicht zum Narren halten; sie wissen ganz gut, von wem der Schwindel ausging und was er bezwecken sollte.

Der eingeleitete Bauarbeiter-Ausbruch hat seine ihm zuerst auferlegte Pflicht erfüllt, denn derselbe (wie bereits früher mitgeteilt) sich zur Kommission für die Verkehrsanlagen begab, und die Wünsche der Bauarbeiter bekannt gab. Der Präsident der Kommission für Verkehrsanlagen, Ritter von Wittf, versprach sein Möglichstes zu thun, bemerkte auch, daß die Staatsverwaltung (1) befreit ist, die Noth der Bevölkerung zu mildern. Nur dürfte nichts, und zwar im Interesse der heiligen Arbeiter, überflüssig werden. (Der ganze Gang der Dinge gleicht einer Schmedenspost; von einer Leberstützung kann gar nicht die Rede sein.) Die Bauarbeiter erklärten, daß sie ebenfalls keine Leberstützung wünschten, aber eine Reihe von Arbeiten hätte schon längst begonnen werden können, was der Präsident ohne Weiteres zugab und wieder versprach, in diesem Sinne wirken zu wollen. Auch das wurde zugegeben, daß, so lange die Aushebung der Tracen zu den Bahnhöfen nicht erfolgt, die private Bauwirtschaft gehemmt ist.

Die nicht unbegründete Ansicht des Herrn v. Wittf, daß Arbeiter von allen Winkeln der Erde gewissenlose Agenten herbeigeführt werden und dadurch die heiligen Arbeiter benachteiligt werden könnten, bestimmten die Bauarbeiter dahin, daß das Subunternehmer- und Parteilührerwesen strengstens bei Vergabung der Arbeiten fernzuhalten sei. Auch soll in den Bedingungen nicht darauf vergessen werden, einen diesbezüglichen Passus einzufügen, hies sei: „Plicht der Kommission. Wenn die Arbeiter vernünftiger Weise“ — erklärte Herr v. Wittf weiter — „und keine unerfüllbaren Forderungen stellen, werde eine Reihe von Jahren kommen, in welcher die Arbeiter Arbeit und Verdienst haben.“ Nun, bis jetzt haben die Bau- oder anderen Arbeiter keine unerfüllbaren Forderungen gestellt, aber die sehr bescheidenen Forderungen, welche die Bauarbeiter bei Gelegenheit der Verkehrsanlagen-Berathung stellten, wurden schon zum größten Theile als unzureichend erklärt; das ist im höchsten Grade bedauerlich, daß man für die Forderungen der Arbeiter, und seien dieselben noch so minimal, keine Augen und Ohren hat, viel weniger einen Willen, dieselben näher zu betrachten oder gar als gerecht anzuerkennen.

Wir wollen vorläufig nicht allzu strenge Kritik über die Ausstellungen und Verhörungen des Herrn v. Wittf, obwohl es nicht verfehlt wäre, warten wir einige Wochen ab, und wir werden sehen, ob die Verhörungen eingelöst werden.

Die Bauarbeiter werden sich enger als je zusammen-schließen müssen, wenn bei den Arbeiten ein Broden für sie abfallen soll. Vor allem Anderem muß aber dahin getrachtet werden, daß die Arbeiten begonnen werden. Dazu ist es notwendig, daß die Bauarbeiter unaus-gesetzt und sehr energig diese Forderung erheben, bis sie berücksichtigt wird. Dann werden wir sehen, was sich machen läßt.

Voreerst Arbeit!

Situationsberichte.

Maurer.

Breck. Wie schon in dem in voriger Nummer uneres Fachorgans enthaltenen Berichte mitgeteilt wurde, beschloß die am 13. November abgehaltene Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofs des Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsangehörigen, daß der Präsidialvorstand in Betreff der Miteingehaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen seitens zweier hiesiger Unternehmer letztere brieflich auf ihre Verpflichtungen aufmerksam machen sollte. Es handelt sich um den Bau der Thonwarenfabrik in Gof-Röhren, auf welchem die Unternehmer das im Lohnvertrag festgesetzte Landgelb von 2 1/2 pro Stunde nicht zahlten. Der Vorstand forderte nun, dem festgesetzten Beschluß gemäß, die beiden Unternehmer auf, den betreffenden Gehalt sowohl den bisher entzogenen Landgelbzuschuß nachzuzahlen, als auch fortan bei den Lohnzahlungen die Bestimmungen des Lohnvertrages genau einzuhalten. Der eine Unternehmer antwortete auf dieses Schreiben, daß er bereit sei, fortan das Landgelb zu zahlen; eine Nachzahlung für die verlossene Zeit lehne er jedoch ab. Der andere Unternehmer schrieb jedoch kurz und bündig: „Es wird nichts bewilligt.“ Hierauf richtete die Bahnhofsverwaltung an den Ersten nochmals ein Schreiben, in welchem die Nothwendigkeit der gestellten Forderung betont und auf die mitschließenden Folgen im Falle beharrlicher Verweigerung der eingegangenen Verpflichtungen hingewiesen wurde, während die beiden letzteren Unternehmer zunächst links liegen ließ.

Diese Taktik war von durchschlagendem Erfolge bei beiden Unternehmern. Der ersterwähnte gab mündlich und der letzterwähnte schriftlich die Zusage, daß sie dem an sie gestellten Verlangen in vollem Umfange gerecht werden würden. Zum Zwecke der Berichterstattung über den Ausgang der Angelegenheit fand nun am 20. November eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Vereinslokale statt, in welcher der Vorsitzende der hiesigen Bahnhofs nach Mittheilung des Resultates darauf hinwies, daß dieser Erfolg nur dem festen Zusammenstehen der Kollegen zu verdanken sei. Hätten dieselben sich nicht in der Organisation zusammengeschaut, dann wäre nicht allein die von den Unternehmern schon ver-suchte Lohnreduktion eingetreten, sondern man hätte dann noch ein weiteres Vorgehen auf dieser Bahn zu erwarten gehabt. Redner forderte die Anwesenden auf, stets, wo sie auch sein mögen, für die Arbeiterfrage zu agitieren, da der Einzelne dem Unternehmertume gegenüber machtlos sei. Mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende alsdann die Versammlung, worauf die Mitglieder bei einem Glase Bier den errungenen Sieg feierten.

Wilhelmsburg. Am 13. November tagte im Lokale des Herrn Gerdtis eine Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofs des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Zum ersten Punkte der Tagesordnung wurde die von den Revisoren revidirte vierteljährliche Abrechnung vom Kassierer vorgelesen und von der Versammlung angenommen. Zum zweiten Punkte wurde die Abrechnung vom Stiftungsfeste vorgelesen, welche ein Defizit von 15 Pfennigen ergab. Zum dritten Punkte der Tagesordnung, „Die heutigen Kriegen und der momentane Nothstand“, referirte Kollege Mü h l e, wie der Nothstand und die Arbeitslosigkeit sich von Tag zu Tag mehrten. Diese Krise sei durch die im kapitalistischen Systeme liegende Ueberproduktion verursacht, da der Arbeiter nicht im Stande sei, genügend zu konsumieren, wie es ihm wohl zukomme. Redner ermahnte die Anwesenden am Schlusse seines Vortrages, an der Organisation festzuhalten. Zum vierten Punkte, „Unsere Statistik“, bemerkte Kollege K r e d m a n n, daß an der diesjährigen Statistik sehr wenig Material sich beiseitigt hätten, indem ungefähr 100 Häuser ausgegeben und nur 23 wieder eingeleistet seien. Redner erluchte, die Bücher nicht an die Centralstelle abzugeben, falls sie noch nicht abgeschickt seien, da die 23 Kollegen, die ihre Bücher ausgefüllt, und eingeliefert haben, fast das ganze Jahr hindurch beschäftigt gewesen sind, während die übrigen Kollegen, die an der Aufstellung der Statistik nicht theilgenommen haben, mehr oder weniger häufig feiern mußten. Es würde somit aus den eingeleisteten Büchern sich scheinbar ergeben, als ob in Wilhelmsburg der beste Lohn verdient würde, was doch in Wahrheit nicht der Fall sei, auch würde dadurch ein großer Zugung arbeitsloser Kollegen bewirkt werden. Der Bevollmächtigte erwiderte dagegen, daß wir verpflichtet seien, die Statistik an den Hauptvorstand abzugeben, und wenn noch so wenig Bücher ausgefüllt wären. Hierauf wurde beschlossen, zur Regelung der nächstjährigen Statistik eine fünf-gliedrige Kommission einzulegen. Sodann machte der Kassierer bekannt, daß er fortan keine Beiträge mehr im Hause annehme, sondern nur in der Versammlung, da die Versammlungen immer so schwach besucht seien. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten folgte dann Schluß der Versammlung.

Hannover. Am 22. November fand unter dem Vorsitz der Kollegen B i n t e, G r o t h e und L e i t z e eine öffentliche Maurerverammlung im großen Saale des „Ballhofs“ statt. In derselben sprach Herr S o m m e l d unter lebhaftem Beifall über: Die Handwerker-gesetzgebung und die Innungen. Redner wies nach, wie unter der jetzigen Produktionsweise die Handwerker mit dem Kapital nicht konkurrieren können. Die Großproduktion hätte das Handwerk verdrängt und die Gesetzgebung gezwungen, zu dessen Gunsten einzutreten. Diejenigen Handwerker aber, welche glauben, der Staat könne helfen, betriebene Utopisten. Trotz der vielen Privilegien, welche den Innungen verliehen sind, könnten sie zur Hebung des Handwerks nichts beitragen. Redner führte dann die einzelnen Innungseinrichtungen vor Augen. Mit dem Innungsschiedsgerichte, sowie der Art und Weise, wie selbiges zu Stande käme, thünten wir uns nicht befeuern. Die „Lehrjahrsausbildung“ würde gehörig ausgenutzt; so hätten vor 2 Jahren in Hildesheim bei 400 Gesellen 300 Lehrtage gearbeitet. Würden die Innungen aber den Arbeitsnachweis in ihre Hände bekommen, so wären den Arbeitern Hände und Füße gebunden; mitleidige Arbeiter würden keine Beschäftigung erlangen. Das Bergergewesen sei verhefacht, daß die Arbeiter auch hierzu zahlen müssen. Nachdem Redner dann noch das Submissionswesen verurtheilt und mitgeteilt, daß verschiedene Innungen sich schon aufgelöst hätten, forderte er auf, sich den Arbeiterorganisationen anzuschließen und jütre hierbei einige Ansprache berühmter Männer. So hätte Karl Marx gesagt: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, Jacoby: „Der kleinste Arbeiterverein hätte für den zukünftigen Kulturfortschritt einen größeren Werth, als die Schlacht bei Sadowna“, Lassalle: „Jeder müsse es sich zur Pflicht machen, zur nächsten Versammlung einen Mann mitzubringen.“ — Hierauf erstattete der Vertrauensmann Kollege B i n t e den Geschäftsbericht. Demselben war zu entnehmen, daß 18 öffentliche Versammlungen stattgefunden, welche viel zur Organisation beigetragen hätten. Sodann verlas Kollege S o m m e l d die Abrechnung; dieselbe ergab bei einer Einnahme von M. 1852 einen Kassendefizit von M. 679.98. Hierauf wurde beschlossen, den Kassierer für seine Miße mit M. 50 zu entschädigen. Bel, der nunmehr vorgenommenen Wahl der Verwaltungs-beamten wurden folgende Kollegen gewählt: als Vertrauensmann E d n i g s, als erster stellv. zweiter Kassierer P o l l a n d und B ö t t c h e r, als Kontrolreure B i n t e, S o m m e l d und W a g m a n n. Ein Antrag B ö t t c h e r, welcher besagte, dem Vertrauensmann zur Agitation am Orte M. 50 zu überweisen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde die Summe auf Antrag H u m p e r t bewilligt und dem Vertrauensmann keinerlei Beschränkung auferlegt. (Ann. d. Red. d. „Grndst.“: Ist denn bei obigen

Kassenbestände nichts für den allgemeinen Fonds der Maurer Deutschlands übrig? Sodann wurde beantragt, für den Kollegen Hinte A. 25 zu bewilligen betriffs Rechtskosten. Da dieses aber Sache des Verbandes ist, wurde beschlossen, diese Summe vorläufig zu gewähren.

Bremen. Am 23. November tagte die Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Der erste Punkt der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder, war schnell erledigt, indem jetzt die Mitgliedschaft eintritt und sich wenig Kollegen einschreiben lassen. Im zweiten Punkt, Herbergswesen und Arbeitsnachweis, führte Herr Schödtner aus, es sei schon im Jahre 1887 darauf hingewiesen, einen Arbeitsnachweis zu gründen, auch ein Komitee sei seinerzeit gewählt worden, jedoch sei im Allgemeinen damals noch die Zeit für zu früh erachtet worden und so die Sache allmählig wieder eingeschlafen. Dadurch hätte unsere Bauinnung einen gemäßigten Vorschlag erreicht und sich des Arbeitsnachweises bemächtigt. Jetzt, wo größtenteils unsererseits ein Arbeitsnachweis gewünscht wird, würde die Errichtung eines solchen für die erste Zeit etwas schwer halten, doch glaube er, daß unser Streben wohl noch von Erfolg begleitet sein würde. Nach näherer Erläuterung des Status für den Arbeitsnachweis geht Redner dann zum Herbergswesen über und betont, daß früher noch viele Kollegen Gegner unserer Organisation waren, jetzt hingegen, wo sich die Zeiten geändert haben und die meisten jüngeren Kollegen sich an der Organisation beteiligen, würden wir doch noch und nach an unser Ziel gelangen. Zugleich versichert er, die Reifeunterstützung auf der Herberge auszugeben, was aber von der Versammlung nicht gebilligt wurde. Hierauf führte der Vorsitzende aus, daß es, um den Arbeitsnachweis zu erlangen, einer großen Langmut bedürfe. Man müsse, wenn auch in der ersten Zeit nichts erreicht werden könne, seine Mühe scheuen und immer wieder frisch darauflos arbeiten, bis unser Ziel erreicht sei. Er empfiehlt, mit allen Gewerkschaften ein Kartell zu schließen, um eine Zentralherberge zu gründen, dieses würde leichter zum Ziele führen. Dieses wurde von mehreren Rednern befürwortet, während andere auch widersprachen. Herr Becker vertheidigt die früher gewählte Kommission. Auf Antrag des Herrn Schödtner wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern gewählt, welche das Weitere veranlassen soll. Zum dritten Punkt, Wahl eines Komitees zum Weihnachtsfest, wurde ein Komitee gewählt, welches das Fest in gewohnter Weise arrangieren soll. Zum Verschiedenen wurde die Frage gestellt, zu welchem Zweck unsere vorjährigen Statistiken verwendet werden sollen? Nach längerer Debatte wurde beschlossen, Erhebungen wieder an die Mitglieder zurückzugeben. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde dann die Versammlung geschlossen.

NB. Für Dezember und Januar nehmen unsere Versammlungen um 5 Uhr Abends ihren Anfang.

Winden i. W. Sonnabend, den 5. November, fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen statt. Die zuerst vorgenommene Abwidlung der Kassengehäfte nahm eine geräumige Zeit in Anspruch, da der Lohnabzug und die beim Maurermeister Post ausgebrochene Arbeits-einstellung in vielen Köpfen neuen Eifer für die Bewegung gereizt hat. Es wurden einige Aufnahmen vollzogen und die fälligen Mitgliedsbeiträge einliefert; hier konnte kaum allen Wünschen entsprochen werden. Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: „Streitbewegung“ theilte dann einer der Streikenden mit, daß zwar eine Einigung noch nicht erzielt ist, daß aber Herr Pool erkennen gelernt habe, daß alle Kollegen eines Sinnes wären, und so hätte er denn auch bereits den Willen gezeigt, zu kapitulieren. Trotz der unglücklichen Zeit und der in großer Zahl vorhandenen Arbeitslosen habe aber noch kein Kollege dort Arbeit genommen. Herr Pool habe einige arbeitlose Gesellen auffordern lassen, sie sollten bei ihm arbeiten, er wolle ihnen vollen Lohn bezahlen; dieselben hätten sich jedoch beim Streikontroleur gemeldet und sich den Streikenden angeschlossen. Die Versammlung stimmte ebenfalls dem Vorgehen der Streikenden zu, und somit ist die Sache Verbandsfache geworden. Von den acht ursprünglich Streikenden haben drei anderwärts Arbeit genommen, während, wie vorher erwähnt, den übrig bleibenden fünf sich drei wiederum angeschlossen haben, so daß sich die Gesamtzahl wiederum auf acht beläuft. Der Vertrauensmann führte sodann aus, daß allgemein bekannt geworden sei, die Innungsmeister, zu denen ja auch Herr Pool gehört, hätten einen Lohnabzug geplant; jedenfalls aber habe das energische Vorgehen der Kollegen bei Pool die Herren eines Besseren belehrt. Denn schon fanden nahezu alle Kollegen, dem Winter trotzig in's Auge sehend, bereit, mit dem Werkzeug die Arbeit zu verlassen, und geradezu verblüffend muß es auf unserer Hoch-Oberr-Innungsmeister gewirkt haben, als ihm von einem seiner Treuesten gesagt wurde: „Auch nicht einen Pfennig lassen wir uns abziehen.“ So ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß nur einmüthiges Handeln stark macht. Ja, Kollegen, wäre nur dieser Geist immer vorhanden gewesen, so wäre es überhaupt garnicht einmal zu diesem Kampfe gekommen; wären die Einzelnen, denen Lohnabzug zu Theil wurde, stets so aufgetreten und hätten diejenigen, welche stets vollen Lohn hatten, für Erstere getrebt, so daß diese ihnen keine Konkurrenz machten oder zu machen gezwungen waren, so würde es den Innungsmeistern nie eingefallen sein, einen Lohnabzug zu planen. Die Gleichgültigkeit der Einzelnen hat dieses Uebel verschuldet, der eine Kollege mußte seiner Frau oder seinen Eltern Folge leisten, den gefährlichen Versammlungen fern zu bleiben; der andere Kollege hatte jedesmal, wenn Versammlung war, im Hause was zu thun; und der Dritte endlich ging lieber, seinem Egoismus folgend, es geht ja auch ohne dich, ebenfalls nach Hause zu Wintern, um den Vorzug im Dorfe zu haben, ein „braver Maurer“ zu sein, der, immer frisch nach Hause kommt.“ Dieses ist ein recht bedenklicher Uebelstand unter den einig so energisch um Vohnersorgung

und Bekräftigung der Arbeitszeit kämpfenden Maurern Windens und der Umgegend. Kollegen, wir haben durch den Stillstand in unserer Bewegung Minderheiten gemacht. Gätten Alle zusammen Mann für Mann regelmäßig die stattgefundenen Versammlungen besucht, dann hätten sie sicher mehr verdient, als der Eine oder der Andere gepart hat, dadurch, daß er häufig zu Hause blieb. Thatsache ist es, daß diejenigen, welche von den Versammlungen fernblieben bzw. dem Verbands nicht angehörten auch am meisten mit Lohnabzug bedacht wurden. Schließlich wurde auf Wunsch der Versammlung das Antwortschreiben des Hauptvorstandes, betr. die Streitangelegenheit verlesen, welches eine heftige Debatte hervorrief. Letztere endete mit dem Beschluß, eine weitere Erläuterung vom Hauptvorstande einzuziehen.

Dortmund. Am 26. November tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zählstelle Dortmund. Die Tagesordnung lautete: 1. Wahl eines zweiten Bevollmächtigten und eines zweiten Kassirers. 2. Bericht vom Gewerkschaftsartell. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Dusemann als zweiter Bevollmächtigter und Kollege Pohl als zweiter Kassirer gewählt. Zum zweiten Punkt nahm der Vertreter im Gewerkschaftsartell, Kollege Janowski, das Wort und führte unter Anderem aus, daß im Gewerkschaftsartell beschlossen sei, sämtliche Gewerkschaften von Dortmund sollten bei Festlichkeiten 25 Prozent vom Ueberfluß abliefern. Dieser Beschluß wurde auf Antrag des Vertreters einstimmig gutgeheißen. Zum dritten Punkt, Verschiedenes, wurde auf Antrag des ersten Bevollmächtigten beschlossen, M. 10 vom Ueberfluß des letzten Kränzchens den Hamburger Nothleidenden zu senden. Vom Kollegen Dusemann wurde noch der Antrag gestellt, in jedem Monat die hiesigen Bücher zu kontrollieren, damit im nächsten Jahre ein besseres Resultat erzielt würde, und man könnte dann zu gleicher Zeit die Kollegen, die mit dem Ueberfluß der Bücher nicht richtig Bescheid wüßten, aufklären. Da sonst weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Kassel. Am Mittwoch, 23. November, hielt die hiesige Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben waren, theilte der Vorsitzende mit, daß Kollege Jäsa im Verbreiten des „Grundstein“ sehr nachlässig geworden sei und auch schon die Werbung gethan habe, er wolle überhaupt mit dem Verbands nichts mehr zu thun haben. Kollege Jungklaus ist ja noch der Meinung, daß es besser sei, dem Kollegen Jäsa, welcher wohl kein Interesse an der Sache mehr habe, das Amt abzunehmen und einen anderen Kollegen mit dem Verbreiten des Jahrganges zu betrauen. Kollege Niclmann stellt einen Antrag, das Verbreiten einer Frau zu übertragen, welche das „Vollblatt“ verbreitet. Es entspann sich hierauf eine längere Debatte, welche damit endete, daß Kollege Jungklaus sich erbot, falls Kollege Jäsa sein Amt nicht mehr besorgt, den „Grundstein“ für dieses Quartal selbst zu verbreiten. Kollege Sime wänkt, daß die Versammlungen in den Wintermonaten früher eröffnet werden; der Vorsitzende stimmte diesem Wunsche bei und gab gleich bekannt, daß die Versammlungen von jetzt ab um 7 Uhr beginnen. Kollege Schulz stellt hierzu den Antrag, dieses im „Vollblatt“ bekannt zu geben; der Antrag wird angenommen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß Kollege Brandt in nächster Versammlung einen Vortrag hält und hierzu ein besseres Verlesung wünscht; als bisher, so daß kaum die Versammlung eröffnet werden konnte. Hierauf giebt der Kassirer noch bekannt, daß er eine Karte vom Hauptkassirer bekommen habe, worin ihm derselbe u. A. schreibt, das Defizit vom letzten Quartal soviel wie möglich in diesem Quartal wieder auszugleichen. Nachdem einige Kollegen ihre Meinung kundgethan, ist Kollege Brandt der Ansicht, daß wir uns nicht zu abhängig vom Hauptvorstand denken dürfen, sondern selbstständiger vorgehen müßten. Dem Vorstehenden wird der Antrag gegeben, einen Brief an den Hauptvorstand zu schreiben, worin die Verhältnisse der hiesigen Zählstelle bekannt gegeben werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am 15. November tagte im Saale der „Vollsthalen“ eine öffentliche Maurerverammlung. Die Tagesordnung war: 1. Jahrsbericht Abrechnung des Unterstützungsfonds. 2. Beschluß des Gewerkschaftsartells, das Auskunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten betreffend. 3. Die Mitgliedschaft der Arbeitsstatistik. Betreffs des ersten Punktes erhält die Verwaltungsperson des Unterstützungsfonds, Kollege Bayer, das Wort und verliest die Abrechnung; dieselbe ergibt eine Einnahme von M. 3494,59, der eine Ausgabe von M. 1744,99 gegenüber steht, verbleibt ein Vermögenbestand von M. 1749,60. Die Abrechnung wird von den Revisoren als richtig bestätigt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führt Kollege Jacob aus: „Da wir uns schon in früheren Versammlungen und namentlich auch das Gewerkschaftsartell sich mit obiger Frage beschäftigt hätten, ist es notwendig, dieselbe bei uns zum endgültigen Abschluß zu bringen. Er beruft sich heute auf den Beschluß des Gewerkschaftsartells; wenn man die Vorfahrungen fast aller dort anwesenden Delegirten in Betracht zieht, so seien dieselben größtenteils mit den Wünschen der Majorität der Maurerverammlungen, in welchen die Frage behandelt wurde, in Einklang zu bringen. Die Maurer seien namentlich verpflichtet, auch finanziell einzugreifen; die Kosten, welche dem Auskunfts-Bureau entstehen könnten, seien nicht mehr hoch, da Miete nicht mehr gezahlt zu werden brauche, auch seien alle erforderlichen Utensilien vorhanden. Das Auskunfts-Bureau fallen zu lassen, sei nicht beabsichtigt gewesen, nur hätte die Angelegenheit unter den anderen Gewerkschaften so viel Staub aufgewirbelt, weil der Schriftführer, Kollege Orntz, in letzter Versammlung seinen Bericht nicht objektiv gehalten, sondern vielmehr seine persönliche Ansicht zum Ausdruck gebracht habe. Die letzte Versammlung sei sogar auf's Gröbste beleidigt worden, weil ihr der Schriftführer jedes selbstständige Denken und Handeln abgesprochen habe. Letztere sei daher nicht würdig, ein

derartiges Amt jemals wieder zu bekleiden. Kollege Lepth sowie der Gemeinderichtsbefugter, Kollege Busch, stimmten sich sehr wenig über-gewirmt um ihre Gemeinlichkeitsorganisation. Kollege Orntz ludt diesen Vorwurf zurückzuweisen und bestritt, den Bericht nicht objektiv gehalten zu haben. Kollege Bayer überführt ihn aber sofort durch Verlesung des Berichtes, ebenso wird der Vordrucker auf die Abfassung eines früheren Berichtes hingewiesen, wo er das Gleiche gethan habe. Als er damals hätte Rede und Antwort stehen sollen, habe er die Schuld auf die Redaktion des „Vollst.“ gewälzt und sei schließlich von einem zufällig anwesenden Redakteur des Blattes zurechtgewiesen worden. Betreffs des Auskunfts-Bureaus schließt sich Redner den Ausführungen Jacobs an und behandelt die prinzipielle Frage eingehender, was uns das Auskunfts-Bureau sein müßte. Jeder um Auskunfts-Nachsuchende müsse angefordert werden, keiner Organisation, weil er es noch nicht gethan, beizutreten, vorher solle ihm Auskunfts nicht ertheilt werden. Dies Verfahren biete für die Gemeinlichsten ein gutes Agitationsmittel, welches nicht unverjudet gelassen werden sollte. Weiter wünscht Redner, daß die Statistik über die sich Auskunfts Solenden mehr ausgebaut werde, ebenso sei es dringend notwendig, die Regelung der Finanzen des Auskunfts-Bureaus beim Gewerkschaftsartell zu überlassen. Diesen Fragen sei ja auch Herr Gatz, Vorsitzender der Gemeinderichtsbefugter, näher getreten und habe er schließlich auch den Standpunkt der Maurer getheilt. Herr Arnold, der von den Gemeinderichtsbefugter in der genannten Versammlung anwesend war, erkennt wohl an, daß Veränderungen notwendig seien, aber dem Anfinnen, die Regelung der Finanzen dem Gewerkschaftsartell zu überlassen, werde nun und nimmer nachgegeben werden können. Es gelangt folgender Antrag Döhme's zur Annahme: Die Versammlung beauftragt die Delegirten zum Gewerkschaftsartell, in dessen Versammlung dahin zu wirken, daß das Auskunfts-Bureau fähig nur Geld vom Gewerkschaftsartell zu fordern hat.“ Ein weiterer Antrag Baumberger's, dem Auskunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten M. 30 durch das Gewerkschaftsartell zu übermitteln, wurde einstimmig angenommen. Dem Kollegen Busch wird verschieblich der Vorwurf gemacht, daß er als Gemeinderichtsbefugter nicht einmal seiner Gemeinlichkeitsorganisation angehöre, mit der er doch stets Fühlung haben müsse. Der Genannte erklärt, wenn man ihn moralisch zwingen wolle, der Maurerorganisation beizutreten, so sei er bereit, schon morgen sein Amt niederzulegen. Diese Erklärung wird von vielen Rednern auf's Schärfste getadelt. Zum dritten Punkt weist Kollege Bayer die Mitgliedschaft der Arbeitsstatistik nach und kommt zu dem Schluß, daß die Arbeiter immer mehr befreit sein müssen, durch Zahlen zu beweisen, in welcher gedrückter Lage sie sich befinden; auch empfiehlt Redner Arbeitslosenstatistik. Es gelangt noch ein Unterfällungsbesch zur Berathung, und werden dem betreffenden Kollegen, der stets für die Sache der Maurer eingetreten ist, M. 30 bewilligt. Hierauf erfolgt Schluß der Versammlung.

Nürnberg. Am Sonntag, den 20. November, hielt die hiesige Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Aufnahme eines Kollegen in den Verband vollzogen war, schiederte zum zweiten Punkte der Tagesordnung, Besprechung über die zu errichtende Ortskrankenkasse, der erste Bevollmächtigte in genügender Weise die Vortheile einer allgemeinen Ortskrankenkasse gegenüber der Gemeindeversicherung und hob besonders hervor, daß, wenn der Familienvorstand versichert ist, auch seine Angehörigen Recht auf freien Arzt und freie Medikamente haben. Redner tadelt noch das Vorgehen der Vorstände der kleineren Krankenkassen, welche sich für die Dauer doch nicht halten könnten. Es sei den Vorständen bloß um ihre guten Posten zu thun, wenn auch die Mitglieder keinen Nutzen davon haben. Zum Schluß sprach Redner die Hoffnung aus, daß die Maurer Nürnbergs für die Ortskrankenkasse stimmen werden. Von einigen Kollegen wurde noch zur Sprache gebracht, daß der hiesige Magistrat es für gut fand, den Termin zur Abstimmung für die Bauhandwerker so weit hinauszuziehen, bis die meisten außer Arbeit sind und so ihres Stimmrechtes verlustig gehen. Es wurde beschlossen, an den Magistrat das Gesuch zu richten, daß das letzte Entlassungszeugniß als Ausweis gelten darf. Der dritte Punkt, „Innere Verbandsangelegenheiten“ wurde kurz erledigt, indem beschlossen wurde, daß die Mitgliederversammlungen für die Wintermonate (Dezember bis einschl. März) Sonntag Nachmittags 2 1/2 Uhr abgehalten werden. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Stettin. Am Donnerstag, den 24. November, hielt die hiesige Zählstelle des Zentralverbandes deutscher Maurer eine Mitglieder-Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über Auflösung der Zählstelle, nahm Kollege Lübben das Wort und führte an, daß er nicht umsonst von seinen Kollegen zum achten deutschen Maurer-Kongress gesandt worden sei, daß er sowohl wie sein Kollege Tsch für die Zentral-Organisation gestimmt habe. Alsdann rügte Kollege Lübben die Mißmuth der hiesigen Kollegen und wies darauf hin, daß die Kollegen sagen würden: „Nun steht einmal Diejenigen an, die früher an der Spitze standen, wie sie es machen.“ Redner stellte den Antrag, daß von jetzt ab Zahlabende eingeführt werden. Es wurde beschlossen, an jedem Sonnabend Abends Beiträge entgegen zu nehmen bei Hempel, Kronprinzstr. 3 und bei Wilsden, Falkenwälder- und Turnerstr. 10. Kollege Tsch führte aus, daß er ebenfalls im Interesse der Maurer Stettins als Delegirter zum Kongress entsandt war, bedauerte aber, daß es den Anschein habe, als ob die hiesigen Kollegen sich schließen legen wollen und stellte den Antrag, die Zählstelle nicht aufzulösen. Kollege Schmitz sprach sich auch für Nichtauflösung der Zählstelle aus. Die Abstimmung ergab die Mehrheit für Nichtauflösung der Zählstelle. Ferner wurde beschlossen, ein Weihnachtsvergessen abzuhalten. Das Entree wurde festgesetzt für Herren auf 60 ¢ und für Damen auf 25 ¢. Zu Komitee-Mitgliedern wurden

gewählt: Kühn, Hecht, Tesch, Heibelstedt, Roslow und Hante, zu Rezipienten Wadke und Hecht. Da der Kollege Krämer wegen geschäftlicher Angelegenheiten sein Amt als Bevollmächtigter niedergelassen, so wurde Kollege Hante zum Bevollmächtigten und Kollege Hecht zum Stellvertreter desselben gewählt. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

Bauhandwerker.

Warna. Am Sonntag, den 13. November, fand im Lokale des Herrn P. Eöhl eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher Genosse Kellermann aus Pöbbeck über die Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Krise, deren Ursache und Wirkung“ einen Vortrag hielt. Nachdem das Bureau aus den Genossen Rönisch, Müller und Braack zusammengesetzt war, sprach der Referent in 1 1/2 stündiger Rede über das obige Thema in sehr deutlichen Ausführungen, in denen er betonte, wie sehr das Handwerk im Allgemeinen von früher auf jetzt durch die Erzeugnisse in der Technik und im Maschinenwesen gestürzt sei. Diesen Uebelständen abzuwehren, sei es notwendig, sich in Organisationsarbeiten zu betheiligen, um dadurch vor allem längere Arbeitszeit und höhere Löhne zu verschaffen. Es sei Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Verminderung seiner Branche anzuschließen, um dadurch der von dem Litteraturnehmertum bzw. der Kapitalmacht geübten Unterdrückung einen immer fester werdenden Damm entgegenzusetzen. Die an der Diskussion teilnehmenden Redner unterstützten die Ausführungen des Referenten und forderten die Anwesenden auf, sich mehr als bisher um die große Sache zu kümmern und sowohl der gewerkschaftlichen als auch der politischen Organisation beizutreten. Besagte für die Maurer und die denselben verwandten Berufsgruppen wurde der Vorschlag an die Zunftstelle des Maurerverbandes in Warna warm empfohlen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die gesamte Arbeiterbewegung in Deutschland wurde dann die Versammlung geschlossen.

Eingelandt.

aus Regesfeld.

Je mehr wir dem Winter entgegengehen, desto näher liegt auch für die hiesige Zunftstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. die Gefahr, an Stärke zu verlieren. Unsere fremden Kollegen, die den Hauptstamm unserer Zunftstelle bilden, verlassen uns nach und nach wieder, freilich nicht freiwillig, sondern notwendigerweise, während unter den hiesigen Kollegen eine große Leertüte herrscht, indem von 160 ortszugehörigen Maurern nur 11 unserer Zunftstelle angehören. Ein größerer Teil derselben glaubt über das, was ihnen im Verbandsgeboten wird, erhaben zu sein, ein anderer Teil fürchtet sich vor Maßregelung, wenn sie dem Verbands beitreten. Wir haben hier einen Zunftmeister, welcher über die meisten Maurer von Regesfeld und Umgegend als absoluter Herrscher verfügt. Seine Erlasse an die „Getreuen“ lauten stets: „Seht mal, ich halte Euch immer in Arbeit bei Winter und Sommer, und wenn ich auch im Winter Geld zusehen muß, mich freut nur, daß ich meine Leute immer in Arbeit halten kann. Seht nicht in den Verband, das sind lauter Sozialdemokraten, die wollen ja nur 8 Stunden arbeiten, und das geht doch nicht!“

Kollegen, glaubt nicht die schön klingenden Worte. Wir haben Beweise genug, daß diese Herren nur fortwährend spekulieren, wie sie ihre Leute am besten aus den Händen können. Das beweist uns am besten die den Bezahlungen gegenüber geübte Handlungsweise. Beim Eintritt in die Lehre hieß es: „Ihr müßt drei Jahre lernen, dann werdet Ihr Gesellen.“ Als nun aber die drei Jahre um waren und die Arbeit bei dem Herrn stotterig, lautete der Befehl des nun die „Ausbildung“ der jungen Leute besorgten Lehrmeisters: „Ihr müßt noch ein Jahr nachlernen, da Ihr noch nicht als Geselle angesehen werden könnt.“ Nachdem nun aber einige Monate vergangen waren und die Arbeit zu Ende ging, auch keine Aussicht auf neue Arbeiten vorhanden war, da wurden diese Bezahlungen plötzlich ausgeschrieben und entlassen.

Ein anderes Bild. Es existiert hier ein kleiner Meister, der seinen Leuten einen höheren Lohn als ordentlich bezahlt. Derselbe erhielt dann kurzer Hand Briefe, in welchen er aufgefordert wurde, doch nicht so hohen Lohn zu zahlen; er könne für niedrigen Lohn Leute genug bekommen.

Fügt sich ein Arbeiter nicht, so wie es die Meister wünschen, so wird er entlassen, das kostet ein paar Briefe, und der bekommt keine Arbeit wieder. Ebenfalls haben wir hier kleine Meister, die früher mit uns auf einer Stelllage arbeiteten und auch nur ein dürftiges Auskommen hatten. Sie waren es, die das größte Wort führten, daß man mehr verdienen müsse. Heute spielen sie den großen Herrn und behandeln ihre Leute wie Sklaven. Daß sie den Arbeitern die Tageszeit bieten, fällt ihnen schon lange nicht ein. Aber fortwährend räsonnieren sie über den Verband und über die bösen Sozialdemokraten; die müssen nach ihrer Ansicht aus der Welt geschafft werden.

Alle diese Uebelstände könnten nicht vorkommen, wenn wir eine gute Organisation am Orte hätten. Darum, Kollegen von Regesfeld und Umgegend, rufe ich Euch zu: Wachtet auf aus Eurer lethargie, schüttelt die Gleichgültigkeit ab, zeigt Euch als Männer, als Väter, die betreibt sind, ihre Familie anständig und reich durchzubringen. Bedenkt doch, was für einer Noth Ihr entgegen geht! Haltet nicht Jene, die dafür eintreten, daß Jeder sein Recht haben soll, sondern tretet Mann für Mann ein in den Verband. Beigt auch Ihr, daß Ihr gewillt seid, für Eure Existenz zu kämpfen, denn nur dadurch, daß wir geschlossenen Schultern an Schultern vorgehen, können wir etwas erreichen. Darum wollen wir die Einigkeit und die Solidarität hochhalten.

M. S.

Gerichts-Chronik.

Das Reichsgericht hat eine für die Presse wichtige Entscheidung gefällt. Es war dabei die Frage zu beantworten, ob an einem gerichtlichen Urteil Kritik geübt werden darf, und ob dem Kritiker eventuell der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugestimmt werden darf. Der sozialdemokratische Redakteur Dr. Vög hat das bekannte Urteil des Magdeburger Landgerichts gegen den Schriftsteller P. u. s., welches wegen Verstoßes gegen eine Freiheitsstrafe auch auf Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte lautete, einer Kritik unterworfen und war deshalb vom Landgericht Torgau verurteilt worden. Der Schutz des § 193 wurde dem Angeklagten verweigert, weil der Gerichtshof der Meinung war, daß ein gerichtliches Urteil keine wissenschaftliche Arbeit sei und infolgedessen einer Kritik desselben der im § 193 des Strafgesetzbuches vorgesehene Schutz nicht zugestimmt werden könne. In voller Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Reichsanwalts hat jedoch das Reichsgericht dieses Urteil aufgehoben und erklärt, daß ein gerichtliches Urteil sehr wohl als wissenschaftliche Arbeit zu betrachten sei, und dem Kritiker aus diesem Grunde der Schutz des § 193 nicht verweigert werden dürfe.

Berichtendes.

Zeitungsstypen von Glas. Die französischen Zeitungen probieren eine neue Art Typen, die von hämmerbarem Glas (?) hergestellt werden und ihre Reinheit stets bewahren. Sie sollen besser der Abnutzung widerstehen, als die Metalltypen und können mit einer Schärfe gegossen werden, die einen viel leichteren und denklarerem Druck ermöglicht. Die Zeitung „La Patrie“ in Paris wird gegenwärtig nur mit Glastypen gedruckt. Der höchste Schornstein. Der höchste Schornstein des Kontinents und Europas soll in Freiberg in Sachsen (den Habsbühner fiktalischen Schmelzhütten gehörig) sein (Höhe: 140 Meter); dann folgen: der von Port Dumber bei Glasgow (188), der der Bleihütte Wiedersich bei Aachen (184), der von St. Rollox, Glasgow (1827), wonach erst der in Stolberg bei Aachen (122,15) käme.

Literarisches.

„Sozialpolitisches Centralblatt“ (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von F. Gutentag in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 S. Erscheinen ist Nr. 9, 2. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. S. W. Dieck Verlag) ist jenseits das 9. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: „Klerlei Ethik“, „Bakula und Tameles“, „Von F. A. Sorge“ (Schluß), „Militarismus und Militär“, „Vorlage“, „Nolten“, „Zur Kritik der Freien Volksbühne“, (Eine Erweiterung.) - Feuilleton: Kunde von Nirgendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

In Verlage von F. S. W. Dieck in Stuttgart erscheinen gegenwärtig als VI. und VII. Band der Internationalen Bibliothek: „Die Pflanzenwelt“ und „Die Thierwelt“ von R. Bommeli. Beide Werke bilden gewissermaßen den Abschluß des naturwissenschaftlichen Theils der Internationalen Bibliothek, die bereits folgende Werke umfaßt: 1. Köhler, „Weltanschauung und Weltuntergang“, 2. Bommeli, „Die Geschichte der Erde“, 3. A. v. Velling, „Die Darwin'sche Theorie“, 4. Langhabel, „Der Mensch und seine Rassen“, 5. Bommeli, „Die Pflanzenwelt“ und 6. Bommeli, „Die Thierwelt“.

Damit ist das Bestreben, dem Volk eine leichtfassliche Darstellung der wichtigsten Theile der Naturwissenschaften nach dem Stande der heutigen Forschung zu geben, der Bewirkung näher getreten. Die Referenzen der beiden Werke werden alle vierzehn Tage abwechselnd erscheinen, so daß nach einem Heft der „Pflanzenwelt“ ein Heft der „Thierwelt“ usw. in die Hände der Abonnenten gelangt. Von den beiden Werken liegen uns je das erste Heft vor. Außer sehr vielen Illustrationen enthalten Heft 1 der „Pflanzenwelt“ zwei farbige Tafeln, „Ephare und giftige Pilze“ und „Thierwelt“ die prächtig ausgeführte farbige Tafel „Papageien“. Der Subscriptionspreis pro Heft beträgt 20 Pf.

Briefkasten.

Tondern, S. Die Kassensbücher hat selbstverständlich der Kassirer in Gewahrsam und nicht der Bevollmächtigte.

Bremen, A. In nächster Nummer.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Ein Hamburg.

Bekanntmachungen.

Das Mitglied Goldhammer, Buch-Nr. 8275, ist aus dem Verband ausgeschlossen.

Das Mitglied G. Gündel, Buch-Nr. 13593, kann sein Mitgliedsbuch und andere Papiere hier abfordern.

Für ungültig werden erklärt:

Die Mitgliedsbücher Nr. 8273 F. Dyppe, Nr. 40384 A. Seltz, Nr. 40385 D. Niere, Nr. 40386 F. Albrecht.

Der Vorstand.

In der Zeit vom 22. bis 29. November sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in: Thorn M. 920, Neizen 80, Hannover 130, Pinneberg 25, Casfel 50, Neubukow i. W. 37,92, Summa M. 331,42.

Hamburg, den 29. November 1892.

F. Köster.

Hollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, I.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 7. Sitz: Altona.) In der Zeit vom 20. bis 26. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona M. 200, Wurzen 80, Berden 100, Steffin 400, Schierstein 70, Harburg a. d. Elbe 800, Berlin 3000, Summa M. 4650.

Zuschüsse erhielten in derselben Zeit: Die örtliche Verwaltung in Gagen M. 30, Stuttgart 150, Boffken 75, Magdeburg 100, Birna 200, Summa M. 655.

Altona, den 26. November 1892.

E. Reish, erster Hauptkassirer, Friedrichsbadstraße 28.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (C. S. Nr. 7.)

Rechnungsabluß des dritten Quartals 1892. (Zuli, August, September.) Einnahmen.

Baarer Kassenbestand am 1. Juli 1892: a) in den örtlichen Verwaltungsstellen M. 30 357,62 b) in der Hauptkasse „ 9269,45

Beitrittsgelder M. 39 627,07

Beträge in der 1. Klasse M. 44 749,80

„ „ 2. „ „ 82 834,40

„ „ 3. „ „ 818,75

Ergabsteuer „ 6 458,-

„ „ „ „ 134 860,95

Erfolgleistungen Dritter usw. 780,92

Sonstige Einnahmen: Für Quittungsbücher, Strafgebühren usw. 581,39

Summa der Einnahmen M. 177 306,33

Ausgaben.

Für ärztliche Behandlung M. 3 880,45

„ „ „ „ 4 223,35

Krankengelder: a) an Mitglieder 1. Klasse M. 21 459,96

„ „ 2. „ „ 54 832,07

„ „ 3. „ „ 249,70

„ „ „ „ 76 041,73

b) an Angehörige „ 978,65

Sterbegelder in 1. Klasse M. 2 600,-

„ „ 2. „ „ 5 117,75

„ „ 3. „ „ 22,50

„ „ „ „ 7 740,25

Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 8 035,70

Juridische Beiträge u. Eintrittsgelder 37,10

Kapitalanlagen 20 000,-

Verwaltungskosten:

a) persönliche inf. General- versammlungskosten M. 13 482,53

b) sächliche „ 5 774,96

„ „ „ „ 17 257,49

Unterschlagen von dem früheren Kassirer: Weißbich-Breslau 533,84

Summa der Ausgaben M. 138 678,06

Abschluß.

Summa der Einnahmen M. 177 306,33

Summa der Ausgaben „ 138 678,06

Ergiebt einen baaren Kassenbestand von M. 38 628,27

Verbindens-Ausweis.

a) in den örtlichen Verwaltungsstellen M. 25 819,71

b) in der Hauptkasse „ 12 808,56

„ „ „ „ M. 38 628,27

In Hypothek- und Sparkasseneinlagen „ 138 412,91

Demnach beträgt das Gesamtvermögen M. 177 041,18

Nach dem zweiten Quartals-Abschluß betrug dasselbe „ 158 039,98

Ergiebt ein Mehr-am Schluß des dritten Quartals von M. 19 001,20

Am Schluß des dritten Quartals zählte die Kasse in 217 örtlichen Verwaltungsstellen 23 853 Mitglieder.

Altona, den 28. November 1892.

E. Reish, Hauptkassirer.

Revisirt von den Ausschussmitgliedern: C. Schwenk, G. Stecher, C. Grönder.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Zunftstelle Elmshorn.

Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, 3. Dezember, Abds. 8 Uhr. Tagesordnung: Die Wahl eines Aites.

Die Wahl eines Aites. Der Bevollmächtigte.

[M. 1,95]

